



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

**Überlegungen zu der Gefahr von Altersarmut in Deutschland
anhand des Rentendialogs 2011
(Bundestagsdrucksache 17/7258 vom 21.10.2011)
und eines Vergleichs mit dem Schweizer Rentensystem**

Bachelorarbeit

Zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Carolin Fernkorn

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Frau Gaugel
Zweitbegutachter: Herr Prof. Reinhardt

Vorwort

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Gesellschaften der westlichen Industrieländer eine Ausbreitung des Wohlstands erlebt wie noch nie zuvor in der Geschichte. Gerade in der Schweiz und in Deutschland haben der in dieser Zeit geschaffene Sozialstaaten sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Länder zur Lösung von wesentlichen existentiellen Problemen beigetragen. Armutsvermeidung bzw. Armutsbekämpfung und Wohlstandsteilhabe sind gleichwertige Ziele geworden.

Dennoch leben immer mehr Menschen trotz rechtlich gut ausgebauter sozialer Sicherheit in unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Anlagen.....	VIII
1 Einleitung.....	1
2 Aktuelle Situation.....	3
3 Altersarmut.....	7
3.1 Definition Altersarmut	7
3.2 Ursachen für Altersarmut.....	8
3.2.1 Externe Risiken	8
3.2.2 Interne Risiken	10
3.3 Personenkreis	11
4 Die Rentenversicherung der Selbstständigen.....	12
4.1 Versicherungspflicht kraft Gesetz.....	13
4.1.1 Lehrer und Erzieher	14
4.1.2 Pflegeberufe	14
4.1.3 Hebammen und Entbindungshelfer.....	15
4.1.4 Seelotsen der Reviere i.S. des Gesetzes über das Seelotsenwesen	15
4.1.5 Künstler und Publizisten	15
4.1.6 Hausgewerbetreibende.....	16
4.1.7 Küstenschiffer und Küstenfischer	17
4.1.8 Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben	17
4.1.9 Selbstständige mit einem Auftraggeber	18
4.2 Versicherungspflicht auf Antrag	18
4.3 Freiwillige Versicherung.....	19
4.4 Soloselbstständige	20
5 Das Alterssicherungssystem der Schweiz	22
5.1 Die erste Säule der Schweiz.....	24

5.1.1	Alters- und Hinterlassenenversicherung	24
5.1.2	Invalidenversicherung	25
5.1.3	Ergänzungsleistungen.....	25
5.2	Die zweite Säule der Schweiz	26
5.2.1	Die obligatorische berufliche Vorsorge	27
5.2.2	Freiwillige berufliche Vorsorge.....	28
5.2.3	Weitergehende berufliche Vorsorge.....	29
5.3	Die dritte Säule der Schweiz	29
5.3.1	Die gebundene Vorsorge (Säule 3a).....	29
5.3.2	Die freie Vorsorge (Säule 3b).....	30
6	Das Schweizer Rentensystem – Modell für die deutsche Alterssicherung?.....	30
7	Lösungsansätze zur Vermeidung von (zukünftiger) Altersarmut in Deutschland	33
8	Die Ausweitung des Versichertenkreises der gesetzlichen Rentenversicherung	35
8.1	Maßnahmen der Bundesregierung.....	37
8.1.1	Die Zuschuss-Rente.....	38
8.1.2	Die Kombirente	41
9	Fazit.....	41
	Anlagen	49
	Literaturverzeichnis	58
	Eidesstattliche Erklärung	62

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
ALG II	Arbeitslosengeld II
Aufl.	Auflage
BBG	Beitragsbemessungsgrenze
BSG	Bundessozialgericht
BV	Berufliche Vorsorge
BVV 3	Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
d.h.	das heißt
evtl.	eventuell
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DRV	Deutsche Rentenversicherung

FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters- Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
gem.	gemäß
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gRV	gesetzliche Rentenversicherung
Insg.	insgesamt
i.S.	im Sinn
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
i. V. m.	in Verbindung mit
KSK	Künstlersozialkasse
KSVG	Künstlersozialversicherungs- gesetz
Mio.	Millionen
mind.	mindestens
RV	Rentenversicherung
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannten
usw.	und so weiter
u.a.	unter anderem
v.H.	vom Hundert
WHO	Weltgesundheitsorganisation
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anteil der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf 2010 In Deutschland	3
Abb. 2: Anzahl der Selbständigen 1991 bis 2010 in Deutschland nach Geschlecht.....	4
Abb. 3: Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung und von Personen im Alter ab 65 Jahren nach Regionen in Prozent – 1992 bis 2009.....	6
Abb. 4: Entwicklung vom 3-Säulen-System zum 3-Schichten Modell.....	11
Abb. 5: Selbständige in Deutschland.....	20
Abb. 6: Das 3 Säulen System der Schweiz	22
Abb. 7: Einige Merkmale der Selbständigen in den Rentenversicherungen Deutschlands und der Schweiz	29
Abb. 8: Vermeidung von zukünftiger Altersarmut – Lösungsansätze im Überblick.....	33
Abb. 9: Anrechnung von Alterseinkommen auf die Grundsicherung im Alter nach Rechtsstand 2011 und bei Einführung der Zuschuss-Rente	38

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1: Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Geschlecht.....	49
Anlage 2: Gesetzliche Grundlage SGB VI (Auszug)	
§ 2 – Selbständige Tätige.....	50
Anlage 3: Berechnungswerte, neue Bundesländer	51
Anlage 4: Berechnungswerte, alte Bundesländer.....	52
Anlage 5: Versicherte am 31.12.2010, alte und neue Bundesländer.....	53
Anlage 6: Selbständigenquote Stand 2010	54
Anlage 7: Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in Deutschland ..	55
Anlage 8: Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur der Schweiz	56

1 Einleitung

Seit der Gründung der gRV durch Bismark 1871 ist die Altersarmutsvermeidung eine zentrale Aufgabe. Eine der großen Errungenschaften der Sozialpolitik in Deutschland ist es, dass Altersarmut derzeit kein akutes Problem darstellt. Jedoch könnte durch Dauerarbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigung Deutschland in absehbarer Zeit wieder damit konfrontiert werden, dass nicht nur vereinzelt alte Menschen in Papierkörben nach Essbarem wühlen oder in Suppenküchen anstehen.

Altersarmut ist und bleibt ein aktuelles Thema. Nicht zuletzt durch die im Rentendialog 2011 geführte Diskussion der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, um die Einbeziehung aller Selbständigen in die Versicherungspflicht der gRV.

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit der möglichen Gefahr von Altersarmut in Deutschland. Im Rahmen dieser Arbeit wird der Fokus hauptsächlich auf den Personenkreis der Selbständigen gelegt. Die staatlich organisierte soziale Absicherung Selbständiger ist in Deutschland im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern noch nicht so stark ausgebaut. „Die sozialen Sicherungssysteme sind – in der Bismarck’schen Tradition – nach wie vor ausschließlich auf abhängig Beschäftigte ausgerichtet, obwohl die Grenzen zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung zunehmend unschärfer werden (Stichwort: Scheinselbstständigkeit) und Selbstständige nicht automatisch über hohe Einkommen und/oder Vermögen verfügen.“¹

¹ <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07831-20110309.pdf> [18.03.2012]

Einer Vielzahl von Selbständigen droht die Gefahr von Armut im Alter. Durch die hohe Lebenserwartung verlängert sich auch der Zeitraum (ca. 20 Jahre)², in dem das existenzsichernde Einkommen (Rente) gewährleistet werden muss. Dieses Risiko stellt keinen vorübergehenden Zustand wie z.B. Auftragslosigkeit dar, sondern ist revisibel.

Im ersten Teil der Arbeit wird allgemein auf das Problem der Altersarmut eingegangen. Das nachfolgende Kapitel zeigt auf, wie die Selbständigen bereits in der gRV versichert sind. Anschließend folgt ein Vergleich mit unserem Nachbarland der Schweiz. Hierbei wird das Schweizer Rentenversicherungssystem erläutert, um die Situation der Selbständigen in Deutschland mit den Selbständigen in der Schweiz zu vergleichen.

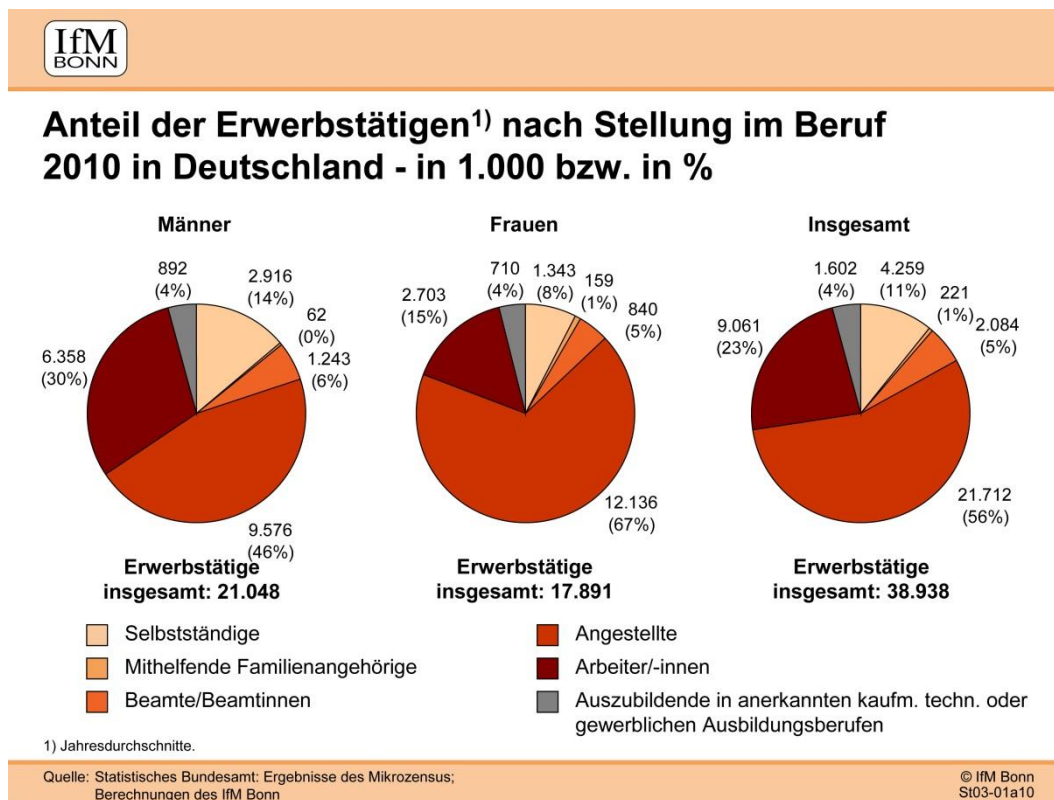
Die Methode des Vergleiches gibt die Möglichkeit, die Dinge aus einer anderen Perspektive zu betrachten, Schwachstellen aufzuzeigen und Anregungen für eine verbesserte soziale Situation der Selbständigen in Deutschland zu gewinnen.

² Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Zeitschrift für Sozialreform (ZSR), S. 327

2 Aktuelle Situation

Für das Jahr 2010³ wurden laut Mikrozensus 38,9 Mio. Erwerbstätige für Deutschland errechnet.⁴ Hiervon sind 4,3 Mio. Selbständige. Das entspricht 11 % aller Erwerbstätigen, wobei der Anteil der männlichen Selbständigen (ca. 3 Mio.) mehr als doppelt so groß ist wie der Anteil der weiblichen Selbständigen (ca. 1,3 Mio.). Die Selbständigenquote ist von 1991 bis 2010 fast kontinuierlich angestiegen. Dadurch lag die Zahl der Selbständigen 2010 um 1,2 Mio. höher als noch 1991. Das entspricht einer Zunahme von ca. 40 %. Die Selbständigenzahl erreicht somit den bislang höchsten Wert seit 1991.

Abb.: 1 Anteil der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf 2010 In Deutschland



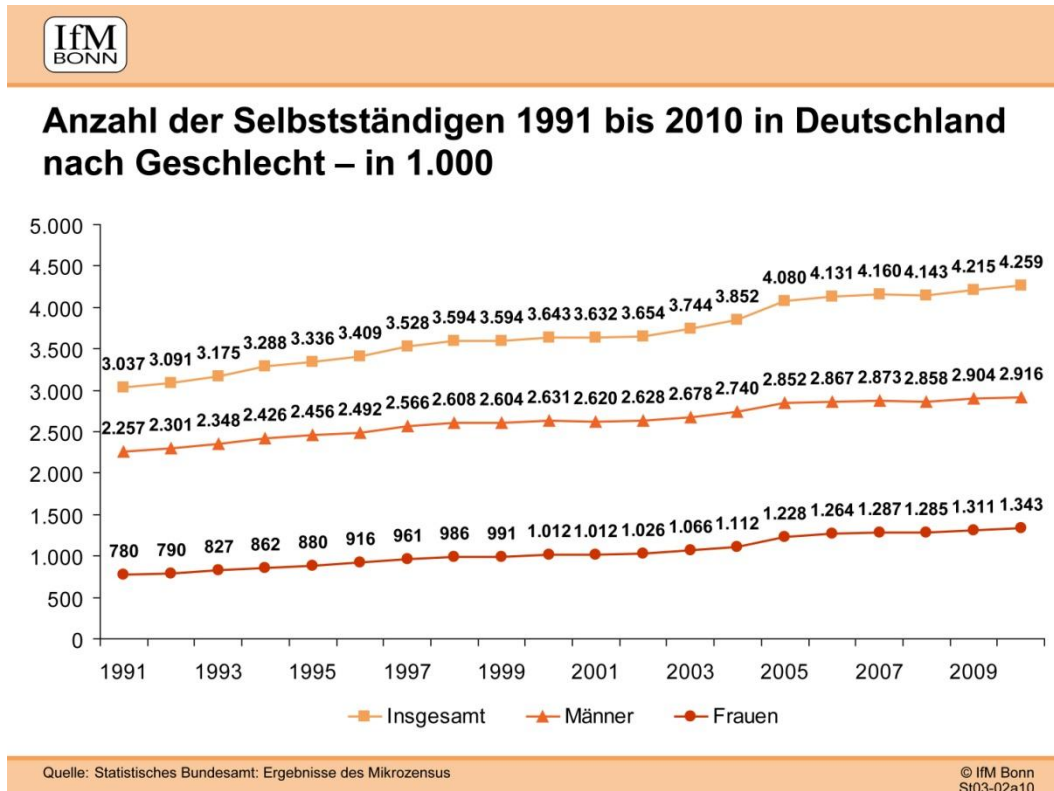
Quelle: Statistisches Bundesamt, (<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=107> [29.03.2012])

³ Daten für 2011 sind erst im September/Okttober 2012 verfügbar

⁴ <http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=107> [29.03.2012]

Die Erwerbsbiografien von Frauen sind Abbild der veränderten Arbeitswelt. Die folgende Graphik zeigt, dass die Zahl der selbständigen Frauen von 1991 (780.000) bis 2010 (1,3 Mio.) um ca. 72 % gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der selbständigen Männer (von knapp 2,3 Mio. auf rund 2,9 Mio.) nur um ca. 29 % gestiegen.

Abb. 2: Anzahl der Selbständigen 1991 bis 2010 in Deutschland nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt, (<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=632> [29.03.2012])

Die wachsende Beschäftigungsrate von Frauen ist positiv, aber dennoch leitet sich daraus nicht zwingend eine eigene Rentenanwartschaft in der gRV ab. Viele Frauen werden in Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, aus denen keine oder nur geringe Ansprüche entstehen. Besonders für diese selbständigen Frauen mit geringen Einkommen sind Aufwendungen für die Altersvorsorge eine hohe finanzielle Belastung. Viele setzen deshalb andere Prioritäten, versäumen private Vorsorge bzw. suchen nach Wegen der Befreiung aus den Pflichtversicherungen.

Damit wächst die Gefahr der Altersarmut, insbesondere dann, wenn das Partnereinkommen ebenfalls niedrig ist.

In Deutschland sind alle abhängig Beschäftigten sowie bestimmte Selbständige in einem der drei öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssysteme der gRV, einem berufsständischen Versorgungswerk oder der Alterssicherung der Landwirte pflichtversichert. Dabei ist die Mehrheit der Selbständigen, knapp drei Mio. (das sind ca. 75%) in keinem dieser drei Systeme obligatorisch abgesichert und muss eigenverantwortlich für das Alter vorsorgen.

„Gerade einmal 1224 Euro pro Monat bekommt der sogenannte Standardrentner in Westdeutschland, in den neuen Bundesländern sogar nur 1085,85 Euro Rente. Und selbst diese Summe erhält nur, wer 45 Jahre lang durchschnittlich verdient und Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat.

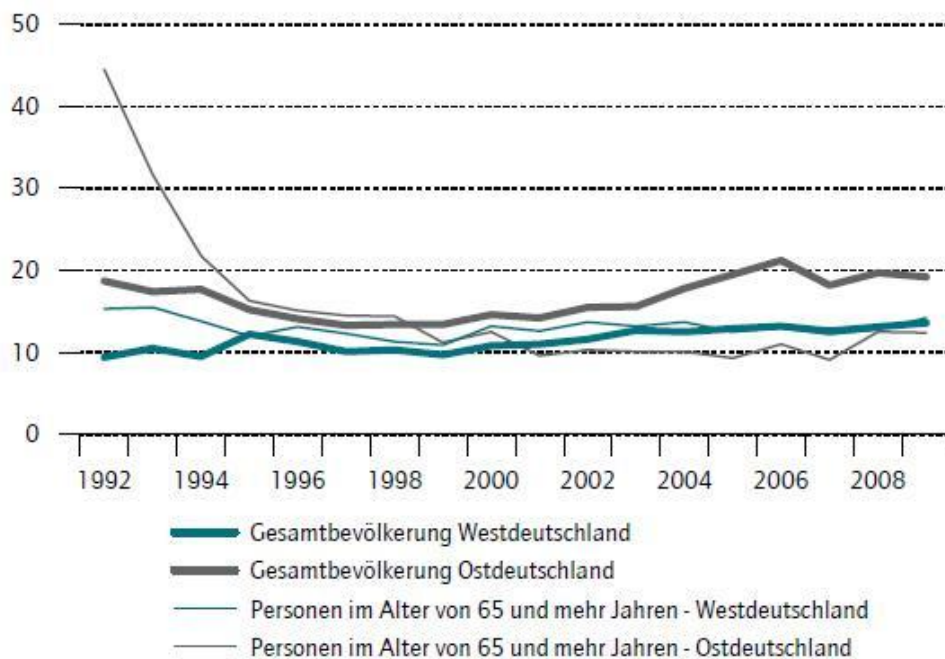
Im Durchschnitt überweist die Deutsche Rentenversicherung westdeutschen Männern derzeit 970 Euro Altersrente, Frauen lediglich 473 Euro; ostdeutsche Senioren erhalten, weil sie länger eingezahlt haben, durchschnittlich 1044 Euro beziehungsweise 676 Euro.“⁵ Insgesamt liegt das Rentenniveau der Frauen deutlich niedriger.

Die Armutsgefährdung ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren für die Gesamtbevölkerung signifikant angestiegen. Für die Menschen im Rentenalter gilt das aber nicht. Die folgende Abbildung zeigt, dass über die vergangenen zehn Jahre ihr Armutsrisiko in der Gesamtschau relativ stabil geblieben ist.

⁵ http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/tid-15901/rentenplaner-zahlenspiele-fuer-die-zusatzrente_aid_442076.html [24.03.2012]

Abb.3: Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung und von Personen im Alter ab 65 Jahren nach Regionen in Prozent – 1992 bis 2009

Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung und von Personen im Alter ab 65 Jahren nach Region in Prozent – 1992-2009



Quelle: SOEP v26, Personen in Privathaushalten; Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin

Mit der Grundsicherung⁶ im Alter und bei Erwerbsminderung wurde im Jahr 2003 zudem ein zielgerichtetes und effizientes Instrument zur Armutsvermeidung eingeführt. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat die Sozialhilfe abgelöst und dazu geführt, dass die früher noch verbreitete sog. verschämte Altersarmut nahezu vollständig zurückgegangen ist. Ältere Menschen sind nun eher bereit, ihr Recht auf finanzielle Unterstützung durch den Staat in Anspruch zu nehmen (siehe Anlage 1). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bezogen 2009⁷ nur knapp 2,4 % der 65jährigen und Älteren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

⁶ Neben der Grundsicherung im Alter werden Transferleistungen im Falle von Pflegebedürftigkeit auch von der klassischen Sozialhilfe gewährt.

⁷ letzter verfügbarer Datenstand

Zum Vergleich: In der Gruppe erwerbsfähiger Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren bezogen im Dezember 2009 9,1 % Leistungen nach dem SGB II. In der Gruppe der Jüngeren unter 25 Jahren betrug der entsprechende Anteil 9,5 %. Es leben also mehr jüngere Personen auf Grundsicherungsniveau als Ältere. Die Ausgangsfrage beim Thema Altersarmut lautet: Muss künftig eine stärkere Verbreitung von Altersarmut erwartet werden und wenn ja, wie kann einer solchen Entwicklung entgegengewirkt werden?

3 Altersarmut

Im Mittelpunkt des derzeitigen politischen Diskurses steht das Risiko einer in Zukunft verbreiteten Altersarmut in Deutschland. Unklar bleibt jedoch oft, was in unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft unter Altersarmut verstanden wird, welche Faktoren auf ein steigendes Armutsrisiko hinwirken und welche Personengruppen besonders davon betroffen sind bzw. sein werden.

3.1 Definition Altersarmut

Armut ist der extreme Ausdruck sozialer Ungleichheit. Aufgrund seiner Vielschichtigkeit existiert für den Begriff Altersarmut keine allgemeingültige Definition⁸. Man kann von Altersarmut sprechen, wenn „der nicht erwerbstätige Teil der Bevölkerung seinen Bedarf aus den Leistungen der gesetzlichen und privaten Versorgungssysteme nicht decken kann. Damit wird Altersarmut nach dem Einkommen definiert, das nicht zur Verfügung steht. Für die Weltgesundheitsorganisation WHO gilt als arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens seines Landes zur Verfügung hat. Die Europäische Union definiert als "arm", wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens seines Heimatlandes zur Verfügung hat.“⁹ Bei der Bestimmung dessen, was Armut bedeutet, unterscheidet man zwischen absoluter und relativer

⁸ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, S. 310

⁹ <http://www.cecuc.de/altersarmut.html> [09.02.2012]

Armut. Die absolute Armut liegt vor, wenn die physische Existenzsicherung nicht mehr gewährleistet werden kann, weil überlebenswichtige Güter wie Nahrung oder Kleidung fehlen¹⁰. Diese Form der Armut liegt jedoch in entwickelten Staaten wie Deutschland kaum noch vor. Unter dem Begriff der relativen Armut versteht man das Unterschreiten des sozialkulturellen Existenzminimums einer Gesellschaft. Die verarmten Personen verfügen über so geringe Mittel, „dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind.“¹¹

Altersarmut im Sinne eines nicht existenzsichernden Einkommens kann es streng genommen in Deutschland nicht geben, da mit der Riester-Reform 2001 die Grundsicherung im Alter geschaffen wurde, die allen Rentnern¹² bei Bedürftigkeit ein existenzsicherndes Einkommen gewährt. Im allgemeinen wird Altersarmut aber nicht in diesem engen Sinne definiert. Vielmehr wird oft bei denjenigen Personen von Altersarmut ausgegangen, die auf diese Grundsicherung im Alter angewiesen sind.

3.2 Ursachen für Altersarmut

Die Ursachen für Altersarmut sind vielfältig und meistens nicht auf einen einzigen Grund zurück zu führen. Unterschieden wird hierbei zwischen internen und externen Faktoren. Im Einzelnen führen vor allem folgende Gründe zur Altersarmut in Deutschland.

3.2.1 Externe Risiken

Externe Risikofaktoren sind Risiken außerhalb der gRV. Besonders bedroht von Altersarmut sind Langzeitarbeitslose und Bezieher von Arbeitslosengeld II ("Hartz IV-Empfänger"). Für die Betroffenen wurde ein Rentenbeitrag in Höhe von 40,00 EUR im Monat gezahlt, was 0,084

¹⁰ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, S. 358

¹¹ Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, S. 358

¹² Aus Gründen der Übersichtlichkeit, zum leichteren Lesen der Bachelorarbeit, aber keinesfalls aus Gründen der Diskriminierung, wird auf die Unterscheidung der männlichen und weiblichen Form verzichtet.

Entgeltpunkten entspricht. Damit erwarb der Leistungsbezieher Rentenanswartschaften in Höhe von 2,09 EUR jährlich.¹³ Zeiten des Bezuges von Leistungen nach dem SGB II werden ab dem 01.01.2011 nicht mehr als Pflichtbeiträge sondern nur noch als Anrechnungszeiten nach § 58 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI bewertet. Der Wegfall der Rentenversicherungspflicht wirkt sich gravierend aus. Je länger die Betroffenen auf Leistungen des ALGO II angewiesen sind, desto stärker steigt das Risiko, im Alter eine so geringe Rente zu beziehen, dass sie unter die Armutsgrenze fallen.

Ein weiterer Faktor sind die unterbrochenen Erwerbsbiographien wegen Kindererziehung oder Pflege.¹⁴ Die Personen, die Pflege oder Erziehungsleistungen erbringen, sind gezwungen, ihre Arbeitszeiten zu verringern oder ihren Beruf ganz aufzugeben. Zwar sichern sich die Betroffenen durch Kindererziehung oder Pflege eines Angehörigen Answartschaften in der Rente, jedoch sind diese oft geringer als die Pflichtbeiträge aus einer versicherten Beschäftigung.

Außerdem zu beachten ist der rasante Zuwachs des Niedriglohnsektors in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die Hartz-Reformen¹⁵. Die Geringverdiener zahlen nur niedrige Beiträge in die Rentenkassen ein, was zu geringen Renten im Alter führt. Auch das sinkende Rentenniveau wirkt sich negativ auf die Rentenhöhe der zukünftigen Rentner aus. Für eine Rente auf Grundsicherungsniveau werden die Versicherten mit einem Verdienst von weniger als zwei Drittel des Durchschnittsverdienstes - dies entspricht im Jahr 2012 einem monatlichen Bruttolohn von ca. 2703,83 EUR¹⁶ - weit mehr als 45 Jahre arbeiten müssen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass gerade Niedriglohnbeziehern sowie Langzeitarbeitslosen

¹³http://www.anwalt.de/rechtstipps/arbeitslosengeld-ii-wichtige-aenderungen-zum_014697.html [09.02.2012]

¹⁴ <http://christian-schultze.suite101.de/altersarmut-in-deutschland-a51723> (09.02.2012)

¹⁵ Das Konzept der Ich-AG (Soloselbständige) trat mit dem Gesetzespaket „Hartz II“ am 1. Januar 2003 in Kraft. Dadurch sollten Arbeitslosen der Einstieg in die Selbständigkeit erleichtert werden.

¹⁶ Vorläufiger Wert, Deutsche Rentenversicherung: Zahlen und Tabellen: Werte 1.1. – 30.06.2012

in der Regel die notwendige Sparfähigkeit für eine ausreichende Zusatzvorsorge auf betrieblicher oder privater Basis fehlt.

3.2.2 Interne Risiken

Die internen Armutsrisiken beziehen sich innerhalb der gRV zunächst auf die geplante langfristige Absenkung des Rentenniveaus. Die Renten können in ihrer Höhe nicht mehr dem allgemeinen Einkommen der aktiven Arbeitnehmer folgen. Bei der laufenden Anpassung der Grundsicherung bewegen sich momentan Rentenanpassung und Armutsschwelle im Gleichschritt, dennoch stellt sich die Frage, ob das sozial-kulturelle Existenzminimum durch das Leistungsniveau der Grundsicherung dann noch gewährleistet werden kann.¹⁷

„Auch für die Erwerbsminderung haben sich in den vergangenen Jahren zunehmende Sicherungsdefizite herausgebildet. Zum einen fallen die Erwerbsminderungsrenten deutlich niedriger aus, weil sich die geringeren Einkommen der ersten Berufsjahre stärker niederschlagen als bei den Altersrenten. Hinzu kommt, dass von den Erwerbsminderungsrenten seit 2011 Abschläge von bis zu 10,8 Prozent abgezogen werden, wenn die Erwerbsminderung vor dem vollendeten 63. Lebensjahr eintritt.“¹⁸ Außerdem ist die langfristige Absenkung des Rentenniveaus auch eine Ursache für das steigende Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten. Die Nullrunden bei den Rentenanpassungen der letzten Jahre werden sich auch bei der Höhe der künftigen Rentenanpassungen niederschlagen.

Auch die mehrfachen Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit sind drohende Risikofaktoren für Armut im Alter.

¹⁷ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, S. 365

¹⁸ Bauer, Mindestsicherung in der Rente - Vorschläge des SoVD zur Vermeidung von Altersarmut, S. 8

Die Zahl der Solo-Selbstständigen hat sich seit Anfang der neunziger Jahre auf weit mehr als 2 Mio. verdoppelt¹⁹. „Für zahlreiche Gruppen Selbstständiger existieren obligatorische Sicherungssysteme, sei es innerhalb der allgemeinen Sozialversicherung oder in eigenständigen berufsständischen Versorgungswerken.“²⁰ Jedoch besteht für die Mehrheit der Selbstständigen keine Rentenversicherungspflicht. Viele von ihnen verfügen nur über ein geringes Einkommen und sie können somit nicht oder nur unzureichend für das Alter vorsorgen. Als Folge entstehen Versorgungslücken. Auf die Thematik der besseren Absicherung Selbstständiger im Alter wird in den folgenden Kapiteln eingegangen.

Zusätzliche Probleme ergeben sich durch die bereits erwähnten geringen bis gar keinen Anwartschaften der Empfänger von ALG II sowie auch der Rentenminderung durch Rentenabschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme des Rentenbezuges. Insbesondere nehmen ältere Arbeitnehmer mit schlechten physischen oder psychischen Konstitutionen diese Rentenabschläge in Kauf, da sie meist keine Chancen der Weiterbeschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze haben.

3.3 Personenkreis

Zusammenfassend lässt sich für folgende Beschäftigungsgruppen ein erhöhtes Risiko an Altersarmut feststellen. Langzeitarbeitslose, Beschäftigte in nicht versicherungspflichtigen (vor allem geringfügigen) Beschäftigungsverhältnissen sowie Erwerbstätige in Niedriglohnbranchen, Beschäftigte mit kurzen oder unterbrochenen Versicherungsverläufen und „kleinen“ Selbstständigen. Besonders relevant werden die Risiken, wenn sich diese Risikogruppen überschneiden und die Kriterien über längere Zeit andauern. Im folgenden Kapitel wird jedoch speziell auf den Personenkreis der Selbstständigen eingegangen.

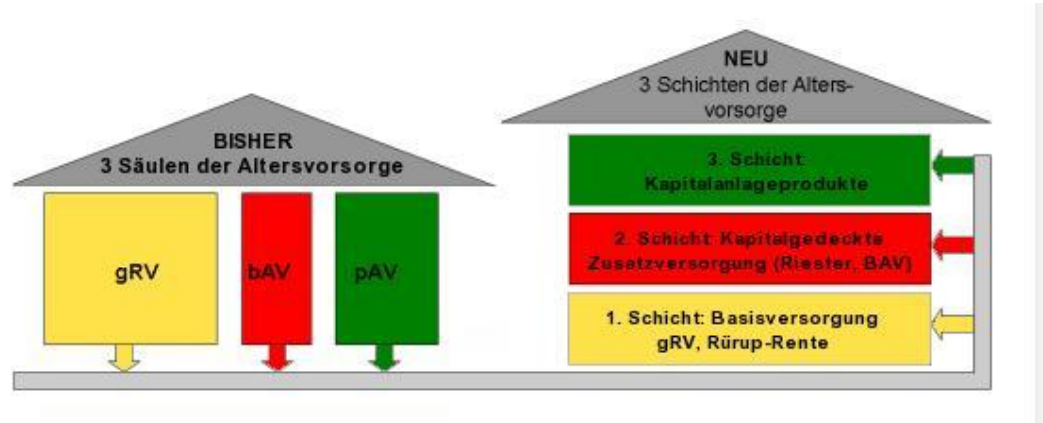
¹⁹ Beschluss C 2 (CDU-Parteitag am 15.11.2010 in Karlsruhe)

²⁰ Deutsche Rentenversicherung Bund, Zeitschrift für Sozialreform (ZSR), S. 325

4 Die Rentenversicherung der Selbstständigen

In Deutschland gliedert sich die Alterssicherung in drei Schichten:

Abb.3: Entwicklung vom 3-Säulen-System zum 3-Schichten-Modell



Quelle:

http://www.versicherungsvergleich.de/direktversicherung/one_design/drei_saeulen.png

[24.04.2012]

Die gesetzliche Rentenversicherung ist historisch betrachtet eine Arbeitnehmerversicherung. Die soziale Sicherung Selbstständiger wird daher nicht unmittelbar mit der gRV in Verbindung gebracht. Nach wie vor sind Selbständige nur in Ausnahmefällen in der gRV versicherungspflichtig. Beamte, Richter und Abgeordnete sind generell nicht in die gRV einbezogen.

Man spricht von einer selbständigen Tätigkeit, wenn jemand

- ein Unternehmensrisiko trägt,
- eine eigene Betriebsstätte besitzt und
- eine Arbeit nach Ort, Zeit und Dauer selbst gestaltet.²¹

²¹ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Studententext für Sozialversicherungsfachangestellte, Selbständige, S. 6

„Selbständige, die ihre Tätigkeit in den neuen Bundesländern bereits vor dem 01.08.1991 aufgenommen hatten, waren in der gesetzlichen Rentenversicherung generell versicherungspflichtig.²² Durch die Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes, gelten ab dem 01.08.1991 - von speziellen Übergangsregelungen abgesehen – in den neuen Bundesländern die gleichen Regelungen wie in den alten Bundesländern.

Wer jedoch bereits vor dem 01.08.1991 aufgrund der alten Regelung als Selbstständiger versicherungspflichtig wurde, blieb auch über den 31.07.1991 hinaus weiterhin versicherungspflichtig. Sofern ein Selbstständiger jedoch nicht zu dem Personenkreis gehörte, der kraft Gesetzes versicherungspflichtig ist, konnte er sich auf Antrag bis zum 31.12.1994 von der Versicherungspflicht befreien lassen.

4.1 Versicherungspflicht kraft Gesetz

Die Versicherungspflicht kraft Gesetz (siehe Anlage 2) zwingt bestimmte Selbstständige unabhängig von deren Willen zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen RV, wenn die im SGB VI genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Grundsätzlich wird von der Rentenversicherung für Selbstständige der einheitliche Regelbeitrag erhoben. Dieser wird von der Bundesregierung in jedem Jahr neu festgelegt. Im Jahr 2012 beträgt der Regelbeitrag²³ monatlich für die Selbständigen in den alten Bundesländern 514,50 EUR²⁴ und 439,00 Euro in den neuen Bundesländern (siehe Anlagen 3 bis 5)

²² Deutsche Rentenversicherung Bund: Studententext für Sozialversicherungsfachangestellte, Selbständige, S. 5

²³ Als beitragspflichtige Einnahme gilt die jeweilige Bezugsgröße (im Jahr 2012 sind das 2.625,00 Euro West und 2.240,00 Euro Ost).

²⁴ voraussichtlicher Wert 2012

4.1.1 Lehrer und Erzieher

Gemäß § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI unterliegen selbstständig tätige Lehrer und Erzieher der Versicherungspflicht, wenn sie im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen. Laut BSG Rechtsprechung²⁵ wird der Lehrbegriff weit ausgelegt und beinhaltet jegliches Übermitteln von Wissen, Können und Fertigkeiten, wobei Art und Umfang der Unterweisung von geringerer Bedeutung sind. Jedoch wird eine bestimmte pädagogische Qualifikation des Lehrenden nicht zwingend vorausgesetzt. Zum Personenkreis des § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI zählen u. a. Lehrbeauftragte an Universitäten, Hoch – und Fachschulen, Volksschulen und an sonstigen Bildungseinrichtungen.

4.1.2 Pflegeberufe

Laut § 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI unterliegen auch selbstständig tätige Pflegepersonen in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- oder Kinderpflege der Versicherungspflicht kraft Gesetz. Sie dürfen jedoch keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, der im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit steht. Die Pflegepersonen, die auf eigene Rechnung arbeiten, unterscheiden sich von Personen, die bei einer Pflegekasse, einer ambulanten Pflegestation oder bei einem Pflegebedürftigen angestellt sind. Diese können als Arbeitnehmer nach § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI versicherungspflichtig sein. Die Personen, die nicht erwerbsmäßig z.B. einen Familienangehörigen pflegen gehören nicht zum Personenkreis des § 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI. Die selbstständig tätigen Krankenpflegepersonen werden nach BSG Rechtsprechung²⁶ grundsätzlich auf ärztliche Anordnung tätig.

²⁵ Vgl. BSG Urteil vom 10.03.2004, S 9 RA 1/02 SG MS

²⁶ Vgl. u.a. BSG Urteile vom 28.04.1977 – 12/3 RK 56/75 – (in SozR 2400 § 2 Nr. 4), vom 26.05.1997 – 12 RK 55/76 – (in SozR 2004 § 2 Nr.5) und vom 30.01.1997 – 12 RK 31/96 – (in SozR 3-2600 § 2 Nr. 2)

4.1.3 Hebammen und Entbindungshelfer

Selbstständige Hebammen und Entbindungshelfer sind nach § 2 Satz 1 Nr. 3 SGB VI versicherungspflichtig kraft Gesetz in der Rentenversicherung. Bei diesem Personenkreis ergibt sich eine Ausnahme, da sie auch dann versicherungspflichtig sind, wenn sie im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen.

4.1.4 Seelotsen der Reviere i.S. des Gesetzes über das Seelotsenwesen

Selbstständig tätige Seelotsen unterliegen kraft Gesetz der Versicherungspflicht gemäß § 2 Satz 1 Nr. 4 SGB VI. Seelotsen sind nicht zur Schiffsbesatzung gehörende Personen. Sie üben ihre Tätigkeit als freien nicht gewerblichen Beruf aus (§ 21 Abs. 1 SeeLG). Nicht versicherungspflichtig sind Binnenlotsen, Travelotsen und Lotsen der Flensburger Förde. Der zuständige Rentenversicherungsträger der Seelotsen ist gemäß § 129 Abs. 2 SGB VI die Deutsche Rentenversicherung-Knappschaft-Bahn-See.

4.1.5 Künstler und Publizisten

Der Begriff Künstlersozialversicherung²⁷ bezeichnet das System der sozialen Absicherung für selbstständige Künstler und Publizisten in der gRV. Es ist somit keine eigene Versicherung neben der Renten- oder Krankenversicherung. Für das Jahr 2009 wurden 157.002²⁸ Künstler und Publizisten in der gRV erfasst.

Für die selbstständigen Künstler und Publizisten (§ 2 Satz 1 Nr. 5 SGB VI) gelten spezielle Regelungen, die in erster Linie in dem KSVG geregelt

²⁷ Vgl. Andri, Ratgeber Künstlersozialversicherung, S. 1

²⁸ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, Seite 39

sind.²⁹ Versicherungsfrei in der KSK ist gemäß § 3 Abs. 1 KSVG, wer im Kalenderjahr aus selbstständiger künstlerischer und publizistischer Tätigkeit voraussichtlich ein Arbeitseinkommen bezieht, das unterhalb von 3.900,- EUR liegt. Nach erstmaliger Aufnahme der Tätigkeit bis zum Ablauf von drei Jahren besteht grundsätzlich auch bei Erzielung eines unterhalb dieser Geringfügigkeitsgrenze liegenden Arbeitseinkommens Versicherungspflicht.

Die Versicherten der KSK müssen im Gegensatz zu den sonstigen Selbstständigen, nach § 15 KSVG die Hälfte des sich nach den allgemeinen Bestimmungen ergebenden Beitrages zahlen. Die andere Hälfte wird durch die Künstlersozialabgabe (§ 23 KSVG) und durch einen Bundeszuschuss (§ 34 KSVG) finanziert. Somit sind wirtschaftlich betrachtet die selbstständigen Künstler und Publizisten den Beschäftigten gleichgestellt, da deren Beitrag zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen wird.

4.1.6 Hausgewerbetreibende

Gemäß § 12 Abs. 1 SGB IV sind Hausgewerbetreibende Selbstständige, die in eigener Arbeitsstätte im Auftrag und auf Rechnung für gemeinnützige Unternehmen oder öffentliche Körperschaften gewerblich arbeiten. Sie unterliegen ebenfalls nach § 2 Satz 1 Nr. 6 SGB VI der Versicherungspflicht kraft Gesetzes. Die Heimarbeiter sind hierbei von den Hausgewerbetreibenden abzugrenzen, da sie als Beschäftigte gelten und somit nach den allgemeinen Voraussetzungen gemäß § 12 Abs. 5 Satz 1 SGB VI versicherungspflichtig sind.

²⁹In der allgemeinen Rentenversicherung werden nach § 1 KSVG Künstler und Publizisten versichert, wenn sie die künstlerische und publizistische Tätigkeit erwerbsmäßig ausüben und im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit nicht mehr als einen Arbeitnehmer beschäftigen, es sei denn, die Beschäftigung erfolgt zur Berufsausbildung oder ist geringfügig nach § 8 Nr. 2 SGB VI.

4.1.7 Küstenschiffer und Küstenfischer

Für selbstständig tätige Küstenschiffer und Küstenfischer, die zur Besatzung eines Schiffes gehören, oder Küstenfischer, die ohne Fahrzeug fischen, gilt die Versicherungspflicht nach § 2 Satz 1 Nr. 7 SGB VI. Voraussetzung ist allerdings, dass sie regelmäßig nicht mehr als vier versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Der zuständige Rentenversicherungsträger bestimmt sich nach § 129 Abs. 2 SGB VI und ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

4.1.8 Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben

Selbstständige Handwerker gehören traditionell zum Kreis der Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 2 Satz 1 Nr. 8 SGB VI. Hierzu zählen alle Gewerbetreibenden, die in die Handwerksrolle eingetragen sind und die tatsächlich selbstständig arbeiten. Die Versicherungspflicht hängt außerdem davon ab, ob ein zulassungspflichtiges, zulassungsfreies oder handwerkähnliches Gewerbe ausgeübt wird. Wer in einem zulassungspflichtigen Handwerk selbstständig tätig ist, ist in der Rentenversicherung versicherungspflichtig. Hierzu zählen z.B. Maurer, Tischler oder Fleischer. Erfolgte die Eintragung eines heute nicht mehr zulässigen Handwerksbetriebes vor dem 1. Januar 2004, so ist dieser auch weiterhin versicherungspflichtig. Zulassungsfreie Gewerbe hingegen sind nicht versicherungspflichtig. Hierbei kann jedoch die Versicherungspflicht trotzdem eintreten, wenn der Selbstständige nur einen Auftraggeber hat. Als natürlicher Gesellschafter in einer Handwerksrolle ist versicherungspflichtig, wer die persönlichen Voraussetzungen für die Eintragung in die Handwerksrolle erfüllt, also über die erforderlichen Qualifikationen (in der Regel die Meisterprüfung) verfügt. Jedoch sind nicht alle mitarbeitenden Gesellschafter selbstständig Tätige. Sie können auch abhängig Beschäftigte und damit als Arbeitnehmer in der Rentenversicherung pflichtversichert sein. Die selbstständigen Gesellschafter einer in die Handwerksrolle eingetragenen Kapitalgesellschaft, wie z.B. der GmbH sind nicht versicherungspflichtig.

4.1.9 Selbstständige mit einem Auftraggeber

Die nach § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI versicherten Selbstständigen mit einem Auftraggeber nehmen eine Sonderstellung ein. Sie sind nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe versicherungspflichtig, sondern aufgrund ihrer Tätigkeitsmerkmale. Die Selbstständigen arbeiten im Wesentlichen und auf Dauer nur für einen Arbeitgeber. Von einem Auftraggeber geht man aus, wenn der Selbstständige mindestens fünf Sechstel seiner Betriebseinnahmen innerhalb eines Kalenderjahres von diesem bezieht. Außerdem dürfen sie keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, der bei ihnen mehr als 400,- EUR verdient. Beschäftigen sie mehrere Arbeitnehmer, die zusammen die Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 400,- EUR im Monat überschreiten, entfällt ihre Rentenversicherungspflicht.

Die in der gRV pflichtversicherten Selbstständigen haben die gleichen Leistungsansprüche nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 SGB I wie die pflichtversicherten abhängig Beschäftigten, sofern sie die persönlichen und versicherungsrechtlichen Ansprüche erfüllen.

4.2 Versicherungspflicht auf Antrag

Innerhalb von fünf Jahren nach der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit oder nach dem Ende einer Versicherungspflicht aufgrund dieser Tätigkeit haben die Selbstständigen die Möglichkeit, nach § 4 Abs. 2 SGB VI die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung zu beantragen. Voraussetzung hierfür ist, dass sie nicht nur vorübergehend selbstständig tätig sind. Die Versicherungspflicht läuft trotz der fünfjährigen Antragsfrist nicht rückwirkend, sondern beginnt mit dem Folgetag des Antragseingangs. Zu den antragsberechtigten selbstständig Tätigen gehören u.a. Selbstständige in freien Berufen, wie beispielsweise Lehrer, Erzieher und Pflegepersonen, die im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit mindestens einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen und aus diesem Grund nicht kraft Gesetzes

versicherungspflichtig sind. Hierzu zählen außerdem Küstenschiffer und Küstenfischer, die mehr als vier versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen sowie Handwerker, die sich von der Versicherungspflicht kraft Gesetz befreit haben, weil sie mindestens 18 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt haben.

„Die Antragspflichtversicherung für eine selbstständige Tätigkeit wird nicht dadurch ausgeschlossen, weil zugleich eine kraft Gesetz versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt wird oder eine abhängige Beschäftigung.“³⁰

4.3 Freiwillige Versicherung

Nach der Grundregel des § 7 Abs. 1 SGB VI können sich Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, für Zeiten ab der Vollendung des 16. Lebensjahres an freiwillig versichern. Die freiwillige Versicherung bietet den Selbständigen eine gute Möglichkeit, Lücken im Versicherungskonto zu schließen. Somit können Wartezeiten oder besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen erfüllt werden, um Rentenansprüche zu realisieren. Neben der Absicherung im Alter entstehen auch Ansprüche auf Rehabilitationsmaßnahmen oder einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Auch die Hinterbliebenen können dadurch abgesichert werden. Freiwillige Beiträge können nach § 197 Abs. 2 SGB VI wirksam bis zum 31.3 des Jahres, das dem Jahr folgt für das sie gelten sollen, gezahlt werden. Die Beitragsbemessungsgrundlage für freiwillige Versicherte ist nach § 161 Abs. 2 SGB VI jeder Betrag zwischen der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage und der BBG. Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ist nach § 167 SGB VI ein Betrag von 400,- EUR monatlich. Freiwillig Versicherte tragen ihre Beiträge nach § 171 SGB VI selbst. Da die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung aber nicht nur den nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen sondern

³⁰ BSG Urteile vom 13.09.1979 – 12 RK 26/77 – (in: USK 79233) und vom 15.12.1983 – 12 RK 6/83 – (in: USK 83163)

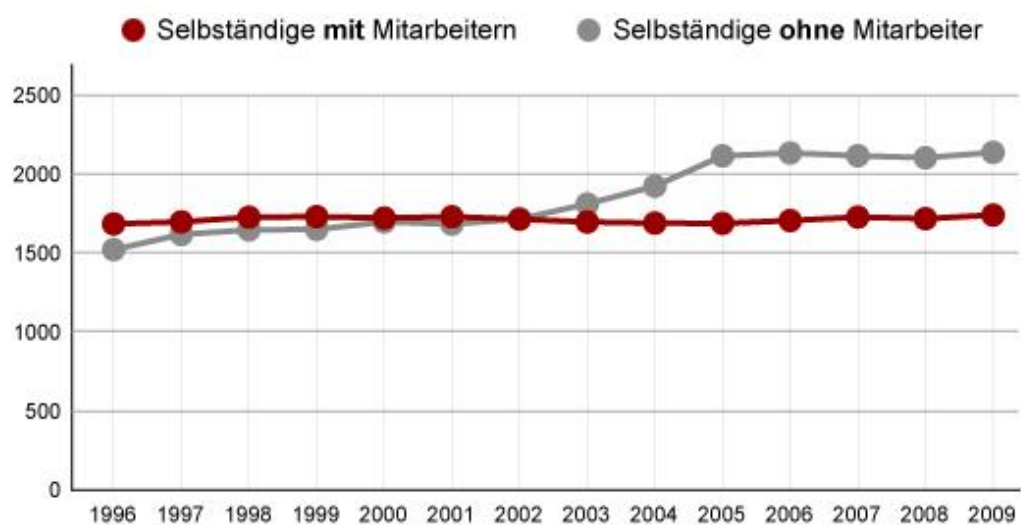
auch anderen Personen offen steht und die DRV Bund nur den Versicherten und nicht den Erwerbstätigenstatus erhebt, lässt sich nicht klären, ob freiwillig Versicherte zu der Gruppe der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen gehören. Nach Schätzungen der DRV Bund kann man davon ausgehen, dass von den 260 456 (siehe Anlage 5) selbständigen Personen, die 2010 versicherungspflichtig waren, die Mehrheit lediglich den Mindestbeitrag von 78,40 EUR pro Monat gezahlt haben. Folglich ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der freiwillig Versicherten die Möglichkeit nicht zu einer adäquaten Altersvorsorge nutzt, sondern um Voraussetzungen für bestimmte Leistungen, wie z.B. Ansprüche auf Erwerbsminderungsrenten zu erhalten. Es ist also nicht davon auszugehen, dass sich unter den freiwillig Versicherten eine größere Gruppe der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen befindet.

4.4 Soloselbständige

Unter dem Begriff der Soloselbständigen versteht man die Selbständigen, die keine eigenen Angestellten haben. Sie sind nicht versicherungspflichtig in der gRV. Da Soloselbständige überwiegend nur ein geringes Einkommen haben, sind sie meist auch nicht in der Lage, privat für das Alter vorzusorgen. Immer mehr Solo-Selbständige drohen im Rentenalter in der Altersarmut d.h. der Sozialhilfe zu landen. Im Jahr 2011 gab es über vier Mio. Selbständige, darunter gut zwei Mio. Soloselbständige. Aus der folgenden Grafik lässt sich der Anstieg der Soloselbständigen von 1996 bis 2009 erkennen.

Abb. 4: Selbständige in Deutschland

Selbständige in Deutschland (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ZEIT ONLINE

Quelle: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-03/ich-ag-todb> (31.03.2012)

Ein starker Anstieg der Soloselbständigen ist besonders ab 2003 zu verzeichnen. Die Soloselbständigen stellen mittlerweile die Mehrheit der Selbständigen dar. Das Konzept der Ich-AG (Soloselbständige) trat mit dem Gesetzespaket „Hartz II“ am 1. Januar 2003 in Kraft. Dadurch sollte Arbeitslosen der Einstieg in die Selbständigkeit erleichtert werden.

Nach Untersuchungen des Sachverständigenrates³¹ liegen 37% der Soloselbständigen unter einem Nettoeinkommen von 1.100 EUR. Diese Realität hat nicht mehr viel mit dem verbreiteten Bild der gut etablierten Freiberufler und Handwerksmeister zu tun. Angesichts dieser Schutzbedürftigkeit liegt die Einbeziehung aller Selbständigen in die gRV nahe (siehe Kapitel 7).

³¹ Sachverständigenrat 2006, S. 266, 267

5 Das Alterssicherungssystem der Schweiz

Um die Frage zu beantworten, ob in Deutschland zukünftig auch alle Selbstständigen in der gRV pflichtversichert werden, sollten am Schweizer Rentenversicherungssystem verschiedene Aspekte interessieren. Zum einen der Einbezug sämtlicher Erwerbstätiger und auch Nichterwerbstätiger in das System der 1. Säule und zum anderen die Vorsorgemöglichkeiten selbstständig Tätiger im Rahmen der 2. und 3. Säule. „Schließlich ist – vor allem aufgrund der Problemstellung im deutschen Kontext – zu fragen, wie Erwerbstätige, die nur in geringfügigem Umfang beschäftigt sind, im schweizerischen System behandelt werden.“³²

Um diese Fragen zu beantworten, wird im folgenden Kapitel das System der Altersvorsorge in der Schweiz erläutert.

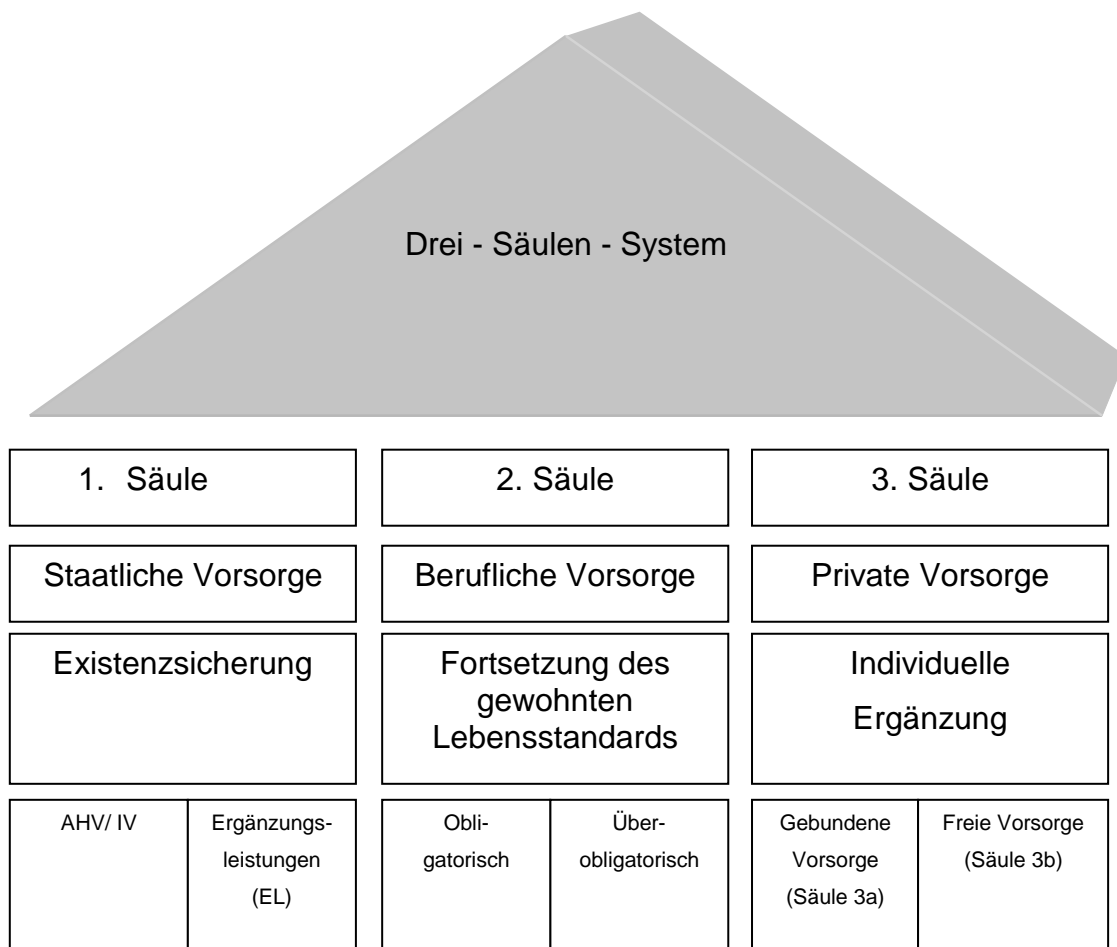
Außerdem ist anzumerken, dass zwischen der Schweiz und Deutschland begriffliche Differenzen bestehen. Die Schweizer sagen z.B. „Altersjahr“ und die Deutschen „Lebensjahr“, gemeint ist aber das gleiche.

Um dem Leser die Vergleichbarkeit zu erleichtern, ist an dieser Stelle noch der derzeitige Währungskurs zu nennen. 1 EUR entspricht ca. 1,21 CHF.³³

³² Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutschland auf dem Weg zur Erwerbstätigenversicherung – Hat die Organisation der Altersvorsorge der Schweiz und Österreich für uns eine Vorbildfunktion? S. 11

³³ Aufgerundeter Wert, März 2012

Abb. 5: Das 3 Säulen System der Schweiz



Quelle: Eigene Darstellung

Das Dreisäulenkonzept wurde 1972 in der schweizerischen Bundesverfassung verankert. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) bildet zusammen mit der Invalidenversicherung (IV) und den Ergänzungsleistungen die erste bzw. die staatliche Säule. Die zweite Säule besteht aus der beruflichen Vorsorge (BV) und die dritte Säule bildet die Private Altersvorsorge.

5.1 Die erste Säule der Schweiz

5.1.1 Alters- und Hinterlassenenversicherung

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung ist im Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) geregelt.

Die AHV ist eine Basisversicherung, deren Ziel eine existenzsichernde Grundversorgung der gesamten Bevölkerung im Alter ist. Die AHV ist eine Volksversicherung und umfasst obligatorisch die gesamte Wohnbevölkerung.³⁴ Das bedeutet: Jeder ist Mitglied, egal ob Hausfrau, Politiker, Managerin, Arbeiter, Selbstständige, Beamter oder Student. Die Volksversicherung wird im Wesentlichen im Umlageverfahren durch Beiträge mit Staatszuschüssen finanziert.³⁵ Somit müssen die Einnahmen in einem bestimmten Jahr die Ausgaben im selben Jahr decken.

Beiträge von Erwerbstätigen werden frühestens ab dem 1. Januar des Jahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, eingezogen. Vor diesem Zeitpunkt sind sie beitragsfrei. Für Nichterwerbstätige, Studierende und Selbstständige beginnt die Beitragspflicht am 1. Januar nach Vollendung des 20. Lebensjahres und dauert bis zum Ende des Monats, in dem Frauen das 64. und Männer das 65. Lebensjahr vollendet haben.³⁶ Bei Nichterwerbstätigen besteht nach Artikel 3 Abs. 3 AHVG eine Besonderheit, der Beitrag gilt als gezahlt, wenn der Ehegatte das Doppelte des Mindestbetrages an die AHV entrichtet hat. Im Gegensatz zu den Männern beträgt das ordentliche Rentenalter der Frauen nur 64 Jahre. Der Beitragssatz wird wie in Deutschland jeweils hälftig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Er beträgt aktuell 8,4% des Erwerbseinkommens. Jedoch gibt es im Gegensatz zum deutschen Rentenrecht keine Beitragsbemessungsgrenze. In der Schweiz zahlen auch diejenigen, die nicht erwerbstätig sind, einen festen Beitrag.

³⁴ Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Rentenversicherung im internationalen Vergleich, S. 18

³⁵ Vgl. Bliesener, Alterssicherung an den Grenzen - Renten und Pensionssysteme rund um den Bodensee, S. 10

³⁶ Vgl. Artikel 3 Abs.1, AHVG

Gemäß Artikel 8 AHVG liegt die Beitragshöhe von Selbstständigen bei 7,8 % und kann allerdings je nach geringerem Einkommen bis auf 4,2 % verringert werden. Die genaue Höhe wird vom Bundesrat festgelegt.

Das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bildet die Grundlage für die Berechnung der Beiträge. „Die Berechnung der Leistungsansprüche der Selbständigerwerbenden³⁷ in der AHV/IV ist mit derjenigen der Arbeitnehmer identisch.“³⁸ In der Schweiz lag die Selbständigenquote im Jahr 2010 bei 13,4 % (siehe Anlage 6).

5.1.2 Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung findet ihre gesetzliche Grundlage im Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) und stützt sich dabei auf die Artikel 111 und 112 der Bundesverfassung. Die Versicherungspflicht in der Invalidenversicherung (IV) richtet sich nach den gleichen Regelungen wie die Versicherungspflicht der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt zusätzlich zum AHV Beitrag 1,4 % des Lohnes, wobei mindestens die Hälfte wieder vom Arbeitgeber übernommen wird. „Die Invalidenversicherung bezweckt die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung von Personen, die wegen Geburtsgebrechen, Krankheits- oder Unfallfolgen behindert sind.“³⁹ Invaliditätsleistungen setzen eine Erwerbsminderung von mind. 40% voraus.

5.1.3 Ergänzungsleistungen

Die rechtlichen Grundlagen der Ergänzungsleistungen finden sich im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG), die 1966 in Kraft trat. „Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV helfen dort, wo die Renten und das

³⁷ Begriff für „Selbständige“ aus dem schweizerischen Rentenrecht

³⁸ Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung: Selbständigerwerbende in der schweizerischen Sozialversicherung, 2.09, Stand 01.01.2012

³⁹ <http://www.bsv.admin.ch/themen/iv/00021/00737/index.html?lang=de> [23.02.2012]

Einkommen nicht die minimalen Lebenskosten decken. Sie sind ein rechtlicher Anspruch und keine Fürsorge oder Sozialhilfe.“⁴⁰ Bei dem rein steuerfinanzierten Versicherungszweig werden keine Beiträge erhoben. Die Finanzierung der Ergänzungsleistungen läuft über den Bund und die Kantone. Einen Anspruch auf diese Leistungen haben AHV oder IV Rentenbezieher mit Wohnsitz in der Schweiz frühestens nach Vollendung des 18. Altersjahres oder nach mindestens 6-monatigem IV-Tagegeld Bezug.

5.2 Die zweite Säule der Schweiz

Die berufliche Vorsorge ist in dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) geregelt. Ergänzt wird dies durch das Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. (Freizügigkeitsgesetz, FZG). Es wird unterschieden zwischen der obligatorischen beruflichen Vorsorge, der freiwilligen beruflichen Vorsorge und der weiter gehenden beruflichen Vorsorge. Kennzeichnend für die Finanzierung der zweiten Säule ist bei allen drei Varianten das Kapitaldeckungssystem (das heißt die Leistungen werden durch das während der Erwerbstätigkeit angesparte und verzinst Kapital gedeckt). Die berufliche Vorsorge wird durch Pensionskassen, Versicherungen und autonome Sammelstiftungen angeboten und deshalb in der Umgangssprache auch als Pensionskasse bezeichnet. Während die AHV das Existenzminimum sicherstellt, soll die berufliche Vorsorge den Versicherten die Fortsetzung ihrer bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen. „Selbständigerwerbende sind nicht der obligatorischen beruflichen Vorsorge unterstellt.“⁴¹

⁴⁰ Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, 5.01, Stand 01.01. 2011

⁴¹ Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung: Selbständigerwerbende in der schweizerischen Sozialversicherung, 2.09, Stand 01.01.2012

5.2.1 Die obligatorische berufliche Vorsorge

Alle Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet und ein jährliches Einkommen von mehr als 20.880 CHF (Stand 2011) ⁴² haben, sind obligatorisch in der Pensionskasse des Arbeitgebers versichert. Laut Artikel 7 Absatz 1 BVG sind Arbeitnehmer ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Lebensjahres für die Risiken Tod und Invalidität, und ab dem 1. Januar nach Vollendung des 24. Lebensjahres auch für das Risiko Alter abgesichert. Wenn die geleisteten Beiträge dauernd der beruflichen Vorsorge dienen, können sie vom steuerbaren Einkommen abgesetzt werden.⁴³ Der Arbeitgeber der versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigt ist verpflichtet, sich einer Vorsorgeeinrichtung anzuschließen oder selbst eine zu gründen.⁴⁴

Das Gesetz sieht im Artikel 3 BVG die Möglichkeit vor, Selbstständige obligatorisch in die berufliche Vorsorge mit einzubeziehen.

Ausgenommen von der Versicherungspflicht sind Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag auf höchstens drei Monate, Arbeitnehmer für ihre nebenberufliche Tätigkeit, wenn sie für die hauptberufliche Tätigkeit obligatorisch versichert sind oder im Hauptberuf selbstständig erwerbend sind oder Personen, die im Sinne der Invalidenversicherung mind. 70 % invalid sind.⁴⁵ Freiwillig versichern lassen können sich Selbstständige.⁴⁶

„Berufsgruppen von Selbständigerwerbenden können vom Bundesrat auf Antrag ihrer Berufsverbände der obligatorischen Versicherung allgemein oder für einzelne Risiken unterstellt werden. Voraussetzung ist, dass in den entsprechenden Berufen die Mehrheit der Selbständigerwerbenden dem Verband angehören.“⁴⁷ „Beim Erreichen des Pensionsalters kann die versicherte Person sich das angesparte Kapital entweder direkt auszahlen lassen, eine lebenslängliche Rente beziehen oder eine Aufteilung

⁴²http://vogelschule.ch/assets/plugindata/poolmathbu9lu20t/Mathbu9%2B_LU20_Theorie.pdf [26.02.2012]

⁴³ Vgl. Artikel 4 BVG i. V. m. Artikel 80 und 82 BVG

⁴⁴ Vgl. Artikel 47 BVG

⁴⁵ Vgl. Artikel 5 Abs. 1 BVG

⁴⁶ Vgl. Artikel 4 BVG

⁴⁷ Friedrich Ebert Stiftung, Deutschland auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung – Hat die Organisation der Altersvorsorge der Schweiz und Österreich für uns eine Vorbildfunktion? S. 18

zwischen Kapitalbezug und Rente wählen.“⁴⁸ Das im Rentenalter zur Verfügung stehende Kapital hängt von den Beiträgen ab, die der Versicherte und sein Arbeitgeber während der Erwerbsphase eingezahlt haben. Trotz dessen, dass die Höhe der Beiträge selbst festgelegt werden darf, ist gesetzlich eine Mindestgutschrift festgeschrieben.⁴⁹ Positiv zu bewerten sind die individuelle Gestaltbarkeit des Systems und der persönliche Anspruch auf das real vorhandene Kapital im Rentenfall. Nachteil des Kapitaldeckungsverfahrens ist die Abhängigkeit von der Wirtschaft.

5.2.2 Freiwillige berufliche Vorsorge

Zum Personenkreis der freiwilligen Versicherung gehören laut Artikel 4 BVG gehören Personen, die gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind sowie bestimmte Familienmitglieder in landwirtschaftlichen Betrieben, Personen, deren Arbeitgeber nicht beitragspflichtig in der AHV sind, Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, der auf höchstens 3 Monate beschränkt ist und Arbeitnehmer, die nur nebenberuflich tätig sind und hauptberuflich eine selbstständige Tätigkeit ausführen oder in der hauptberuflichen Tätigkeit obligatorisch versichert sind.⁵⁰ Desweiteren besteht auch für Selbstständige die Möglichkeit, sich nach Artikel 44 BVG freiwillig versichern zu lassen. Möglich ist dies bei Vorsorgeeinrichtungen ihres Berufes, ihrer Arbeitnehmer oder wenn dies nicht möglich ist, bei der Auffangeinrichtung. Ein Vorbehalt aus gesundheitlichen Gründen darf für höchstens 3 Jahre gemacht werden, außer wenn der Selbstständige mind. 6 Monate obligatorisch versichert war oder sich innerhalb einer Jahresfrist freiwillig versichert.

⁴⁸ <http://www.vimentis.ch/d/lexikon/393/Berufliche+Vorsorge.html> [27.02.2012]

⁴⁹ Vgl. Artikel 16 BVG

⁵⁰ Vgl. Riemer-Kafka, Hüzeler, Repetitorium zum Sozialversicherungsrecht – Die berufliche Vorsorge, S. 73. f.

5.2.3 Weitergehende berufliche Vorsorge

Unter der weitergehenden beruflichen Vorsorge wird die vor-, unter- und überorganisatorische Vorsorge verstanden. Vorobligatorisch sind Leistungen, die vor dem Inkrafttreten des BVG zum 1. Januar 1985 entstanden sind. Als unterobligatorisch bzw. außerobligatorisch gelten Einkommen unter dem Grenzbetrag von 20.520 CHF. In der überobligatorischen beruflichen Vorsorge können Beträge versichert werden, die den gesetzlichen Grenzbetrag der BVG von 82.080 CHF übersteigen.

5.3 Die dritte Säule der Schweiz

Die dritte Säule dient der privaten Selbstvorsorge und ist freiwillig. Mit ihr lassen sich Vorsorgelücken der ersten und zweiten Säule (AHV und Pensionskasse) schließen. Die Selbstvorsorge wird unterteilt in die gebundene Vorsorge (Säule 3a) und die ungebundene Vorsorge (Säule 3b).

5.3.1 Die gebundene Vorsorge (Säule 3a)

Die gesetzlichen Regelungen zur gebundenen Vorsorge finden sich in der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannten Vorsorgeformen (BVV 3). Laut Artikel 1 BVV 3 sind zwei Vorsorgeformen zugelassen, die gebundene Vorsorgeversicherung bei Schweizer Versicherungen und die gebundene Vorsorgevereinbarung bei Bankstiftungen. Beide Vorsorgeformen bieten während der Laufzeit einen umfassenden Schutz für die Risiken Tod, Invalidität und Alter.

Die Beiträge der Säule 3a sind steuerlich privilegiert, wenn sie von Arbeitnehmern oder Selbstständigen getragen werden.⁵¹ Frühestens fünf Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze dürfen die Altersleistungen der 3. Säule geleistet werden. In bestimmten Fällen können die Altersleistungen auch schon früher entrichtet werden, z.B. für den „Erwerb

⁵¹Vgl. Artikel 7 BVV 3

und Erstellung von Wohneigentum zum Eigenbedarf und Rückzahlungen vom Hypothekendarlehen.⁵²

5.3.2 Die freie Vorsorge (Säule 3b)

Im Gegensatz zur gebundenen Vorsorge gibt es in der freien Vorsorge keine Steuerprivilegien. Neben der individuellen Altersvorsorge wird in der Säule 3b auch eine finanzielle Absicherung für Hinterbliebene und für das Risiko Erwerbsunfähigkeit geleistet.⁵³ Zum Personenkreis der freien Vorsorge zählen alle in der Schweiz lebenden Erwerbstätigen (egal ob angestellt oder selbstständig) und auch nicht erwerbstätige Personen sowie Ausländer. Das in der Säule 3b angesparte Geld kann grundsätzlich zu jeder Zeit genutzt werden. Je nach vertraglicher Bedingung kann es bei einer vorzeitigen Auflösung des Vorsorgeproduktes zu Verlusten kommen.

6 Das Schweizer Rentensystem – Modell für die deutsche Alterssicherung?

In Deutschland wird im Hinblick auf die Bekämpfung von Altersarmut das bereits 1972 in der Schweizer Verfassung verankerte drei Säulen Rentensystem als nachahmenswertes Modell diskutiert. Vergleicht man das drei Säulen System der Schweiz (Kapitel 5) mit dem deutschen Rentensystem, lassen sich eine Vielzahl von Unterschieden erkennen.

⁵² Friedrich Ebert Stiftung, Deutschland auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung – Hat die Organisation der Altersvorsorge der Schweiz und Österreich für uns eine Vorbildfunktion? S. 21

⁵³ <http://www.vorsorge-3a.ch/freie-vorsorge-saeule-3b.html> [05.03.2012]

Abb. 6: Einige Merkmale der Selbständigen in den Rentenversicherungen Deutschlands und der Schweiz

Land	Personelle Leitvorstellung	Selbständige		Kernfinanzierung
		Prinzip	Träger	
Deutschland	Abhängig Beschäftigte	Einige Berufsgruppen pflichtig	GRV	Lohnbezogene Beiträge plus Staatszuschüsse
		Freie Berufe pflichtig	Eigene Träger	
		Mehrheit nicht pflichtig		
Schweiz	Universell	pflchtig	AHV	Steuerartige Beiträge mit Grundfreibetrag ohne BBG

Quelle: Eigene Darstellung, Vgl. Friedrich Ebert Stiftung: Deutschland auf dem Weg zur Erwerbstätigenversicherung, Hat die Organisation der Altersvorsorge der Schweiz und Österreich für uns eine Vorbildfunktion? Oktober 2008, Seite 25

Im Schweizer Rentenversicherungssystem ist im Gegensatz zu Deutschland jeder erwachsene Einwohner pflichtversichert. Beamte und Selbständige, Arbeitslose aus ihrem Unterstützungsgeld, Studenten aus ihrem Stipendium und nicht arbeitende Menschen aus eventuellen Kapitaleinkünften entrichten Beiträge. Würde man nach dem Vorbild der Schweiz den Personenkreis der Pflichtversicherten in der gRV erweitern, würde sich zunächst die Einzahlerbasis verbreitern. Jedoch ist hierbei der Zeitlauf zu beachten. Die zunächst höheren Beitragseinnahmen führen später auch zu entsprechend höheren Leistungsansprüchen. Der Einnahmenvorteil sinkt entsprechend wieder ab. Außerdem würde allein die Überführung der Beamten in die gRV eine Verfassungsänderung erfordern. In der Schweiz gibt es auch keine BBG. Somit zahlt jeder in Abhängigkeit von der Höhe seines Einkommens ohne Grenze nach oben

Beiträge in die Rentenkasse. Ehepaare bekommen in der Schweiz eine gemeinsame Rente in Höhe von 150% der Grundrente, alle anderen bekommen eine Grundrente, die bei höheren Beitragszahlungen höchstens das Doppelte der Mindestrente beträgt. Ein Topmanager muss unter Umständen mehrere tausend CHF pro Monat für die Rentenversicherung bezahlen, bekommt aber weit weniger Rente ausbezahlt als er eingezahlt hat. In der Schweiz ist ein Übermaß an Zwang erlaubt, weil Versicherte mit höheren Einkommen weniger schutzbedürftig sind und in anderer Form zusätzlich vorsorgen können. Die Beitragsbemessungsgrenze ist in Deutschland die wesentliche Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Zwangsversicherung mit Zwangsbeiträgen. In Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein „Übermaß“ an Zwang zur staatlichen Vorsorge nicht erlaubt. Die Beitragsbemessungsgrenze wäre erst recht verfassungswidrig, wenn man wie in der Schweiz für die hohen Beiträge keine entsprechenden Leistungen bekäme.

In der Schweiz wird zugunsten einer hohen Grundrente umverteilt. Der Überschuss kommt der Sozialversicherung zugute. Dies schlägt sich unter anderem in den niedrigen Beitragssätzen zur AHV und IV nieder. Die Beitragsbelastung in der ersten Säule fällt zwar für die Schweiz mit insgesamt 10,1 % bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern deutlich günstiger aus als für die Rentenversicherung in Deutschland mit 19,5 %. Ein solcher Vergleich ist aber sinnwidrig, da in der Schweiz die Lebensstandardsicherung erst durch das Zusammenspiel zwischen erster und zweiter Säule erreicht wird. Es sind also den 10,1 % weitere 7,5 % bis 9 % aus der zweiten Säule hinzuzurechnen. Im Ergebnis ist deshalb in der Schweiz der für die Sicherung des Lebensstandards erforderliche Gesamtbeitrag nicht viel geringer als in Deutschland.

In sehr vielen Fällen können die Leistungen der ersten Säule der Schweiz nicht einmal eine Grundversorgung garantieren, obwohl dies ihr eigentliches Sicherungsziel ist.

7 Lösungsansätze zur Vermeidung von (zukünftiger) Altersarmut in Deutschland

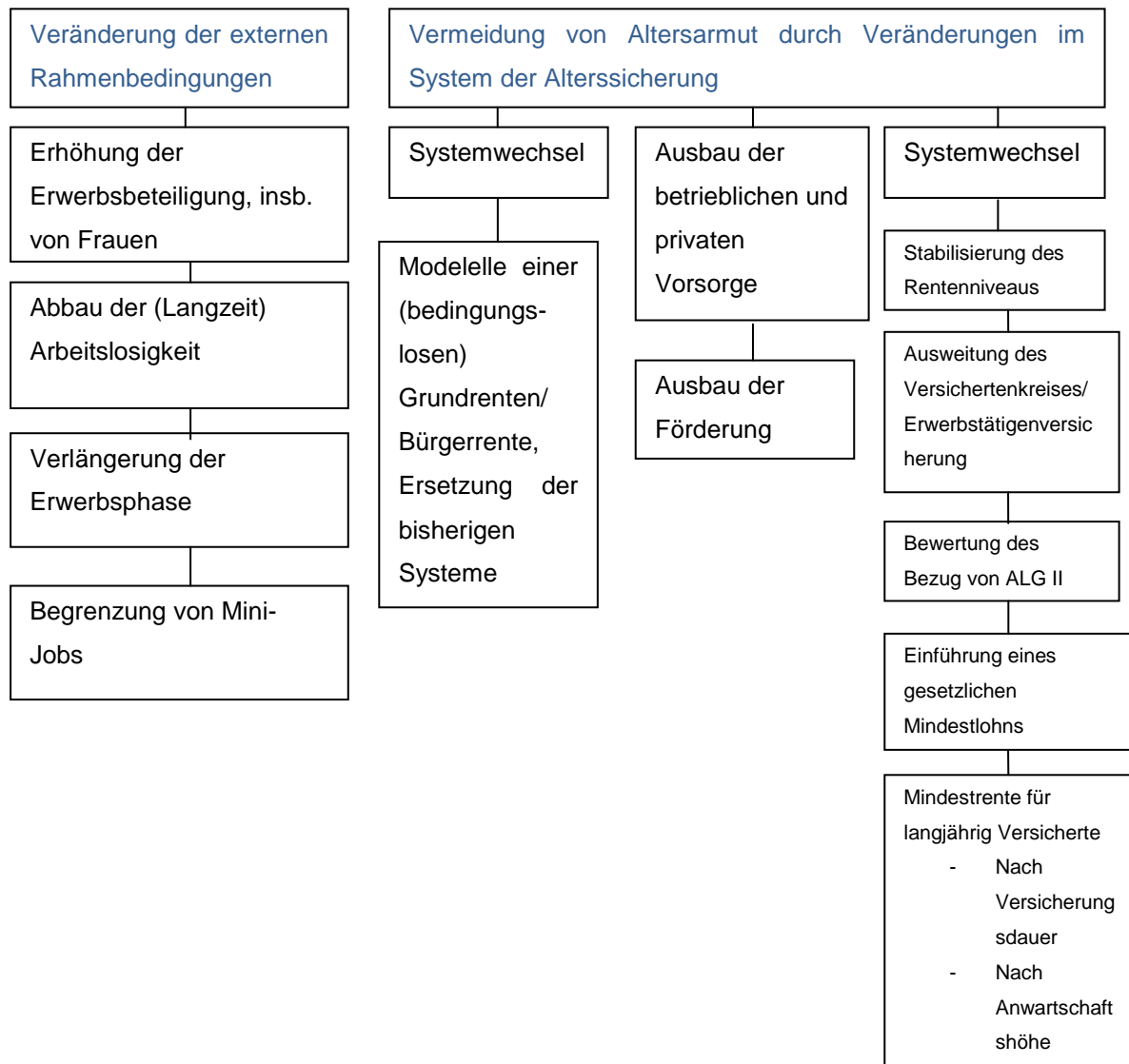
Auf der einen Seite müssen die externen Rahmenbedingungen verändert werden, d.h. die Erwerbsbeteiligung insbesondere die der Frauen wäre zu stärken. Frauen verdienen häufig weniger als Männer und sie arbeiten seltener in gutbezahlten Führungspositionen. Außerdem hat ein Teil der Frauen durch Schwangerschaft und Kindererziehung - meist längere - Ausfallzeiten. Hierdurch bedingt fällt die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Frauen im Durchschnitt deutlich niedriger aus als für Männer. Ein Teil der Frauen war als Hausfrau und Mutter nie erwerbstätig und hat deshalb keinen eigenen Anspruch auf Rente. Dadurch kommt es für nicht wenige Frauen zu Altersarmut.

Zu den externen Rahmenbedingungen gehört auch die Bedingungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, um so die (Langzeit) Arbeitslosigkeit abzubauen, den Niedriglohnsektor einzudämmen, die Erwerbsphasen zu verlängern, und die Mini-Jobs zu begrenzen, um so die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit im höheren Stundenbereich zu erhalten.

Auf der anderen Seite muss eine Vermeidung von Altersarmut auch durch Veränderungen innerhalb des Systems in der gRV erfolgen. Hierzu zählt die Stabilisierung des Rentensystems, die Verbesserung bei ALG II Anwartschaften, sowie generell die Höherbewertung von Rentenanwartschaften und die Ausweitung der Rente nach Mindesteinkommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Ausweitung des Versichertenkreises und der Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung.⁵⁴

⁵⁴ Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, S. 366

Abb.7: Vermeidung von zukünftiger Altersarmut – Lösungsansätze im Überblick



Quelle: Eigene Darstellung, Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund: Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, August 2008

8 Die Ausweitung des Versichertenkreises der gesetzlichen Rentenversicherung

Der Präsident der DRV Bund, Herbert Rische, forderte bereits 2006 „den Versichertenkreis der GRV auf alle derzeit nicht obligatorisch abgesicherten Erwerbstätigen bzw. Selbstständigen auszudehnen.“⁵⁵

In Deutschland ist die gRV heute im Wesentlichen eine Arbeitnehmerversicherung. Es hat im Laufe des 20. Jahrhunderts eine mehr oder weniger bedeutende Ausweitung für spezielle Personengruppen gegeben. So wurden z.B. von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen in die Solidarität der gRV einbezogen. Schließlich wurde in den 1980er – und 1990er Jahren auch Personengruppen, die überwiegend Familienarbeit leisten, mit Kindererziehungszeiten/ Kinderberücksichtigungszeiten und / oder Pflegezeiten in der gRV berücksichtigt. Jedoch sind nach wie vor Selbstständige nur in einigen Ausnahmefällen in der gRV versicherungspflichtig (siehe Kapitel 3). Die gRV ist zwar als solidarische Sozialversicherung nicht allein auf die Arbeitnehmer beschränkt, aber sie umfasst auch bei weitem nicht alle Erwerbstätigen und erst recht nicht alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zum Schweizer Rentenversicherungssystem dar.

In Deutschland ist die Mehrheit der Selbstständigen (ca. 75 Prozent) weder in der gRV, in einem berufsständischen Versorgungswerk noch in der Alterssicherung der Landwirte pflichtversichert. Es wird davon ausgegangen, dass ein großer Teil dieser knapp 4,2 Mio. Selbstständigen – sei es aus fehlender Vorsorgebereitschaft oder sei es, weil sie dazu finanziell nicht in der Lage sind - nicht für das Alter vorsorgen. Wurden die Selbstständigen in den Anfängen der gRV aufgrund ihrer Einkommenssituation noch als nicht schutzbedürftig angesehen, so hat

⁵⁵ Kohlmeier, Die Ausweitung des Versichertenkreises der Gesetzlichen Rentenversicherung – Sozialökonomische Schrift 36, S. 1

sich dies in den vergangenen Jahren erkennbar geändert. Mittlerweile unterscheidet sich ihre Einkommenssituation nicht mehr wesentlich von der abhängig Beschäftigter. Für einen Großteil der „neuen Selbstständigen“ ergeben sich sogar Einkommen unterhalb des allgemeinen Durchschnitts.⁵⁶ Diese Personengruppe hat ein besonders hohes Risiko, später der Altersarmut zu unterliegen. Daher bedürfen sie einer besonderen sozialstaatlichen Schutzbedürftigkeit. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht nur die bloße Existenz, sondern vielmehr die Höhe der zukünftigen Rentenleistung über eine mögliche Armut im Alter entscheidet. Dies hängt wiederum von der innerhalb der Erwerbsphase erworbenen Rentenanswartschaften ab. Konkret bedeutet dies, dass die Ausweitung des Versichertenkreises zweifellos einen Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut leisten kann, diese aber nicht zwangsläufig dadurch vermieden wird. Bei der Erweiterung des Versicherungskreises der gRV, kann die Notwendigkeit von Sonderregelungen insbesondere im Beitragsrecht für Selbstständige bestehen. Für diejenigen Selbstständigen, die aufgrund der Versicherungsfreiheit schon ausreichend für ihr Alter vorgesorgt haben, wäre aus Vertrauensschutzgründen eine Übergangsregelung erforderlich. Eine Orientierung hierfür kann die bereits bestehende Übergangsregelung für arbeitnehmerähnliche Selbstständige aus dem Jahr 1999 nach § 231 Abs. 5 SGB VI darstellen. Selbstständige können sich danach innerhalb einer bestimmten Frist von der Versicherungspflicht in der gRV befreien lassen, wenn sie bei Einführung der Erwerbstätigenversicherung bereits das 50. Lebensjahr vollendet haben oder nachweisen, dass sie bereits eine andere, der Rentenversicherung vergleichbaren Alterssicherung abgeschlossen haben. Um Sicherungslücken im Alter zu vermeiden ist auch zu überlegen, das so genannte Handwerkerprivileg abzuschaffen. Aufgrund der Rentenniveaukürzung reicht die auf 18 Jahre begrenzte Versicherungspflicht nicht mehr aus, um den Handwerkern eine ausreichend hohe Rente über dem Grundsicherungsniveau zu gewähren.

⁵⁶Vgl. Betzelt, Konzeptvorschlag zur sozialen Alterssicherung Selbstständige, S. 31

Darüber hinaus ist es nach dem Gleichbehandlungsgebot laut Art. 3 GG, nicht zu rechtfertigen, dass alle Selbstständigen in die Versicherungspflicht der gRV einbezogen werden, außer den Handwerkern. Gemäß § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI bestehen momentan zwei besondere Befreiungsmöglichkeiten für arbeitnehmerähnliche Selbstständige, zum einen die unbefristete Befreiungsmöglichkeit nach dem 58. Lebensjahr, wenn nach einer zuvor ausgeübten Selbstständigkeit die Versicherungspflicht eintritt. Wenn zukünftig alle Selbstständigen in den Schutz der gRV einbezogen werden, ist diese Befreiungsmöglichkeit nicht mehr erforderlich. Zum anderen existiert die Befreiungsmöglichkeit für die ersten 3 Jahre einer Selbstständigkeit im Hinblick auf die Förderung von Existenzgründern. Somit sollen arbeitnehmerähnliche Selbstständige aus der Versicherungspflicht herauswachsen. Jedoch verliert auch diese Befreiungsmöglichkeit ihre Rechtfertigung, da es mit einer „Erwerbstätigenversicherung“ kein „Herauswachsen“ aus der Versicherungspflicht mehr geben wird. Viele Fragen, die bei der anstehenden Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung geklärt werden müssen wie z.B. die Bemessung des Beitrags, der Beitragseinzug, der Umgang mit schwankenden Einkommen, wurden bei der Künstlersozialversicherung bereits erfolgreich gelöst. Hier kann von den Erfahrungen dieses Systems gelernt werden.

8.1 Maßnahmen der Bundesregierung

Vor dem Hintergrund einer guten finanziellen Lage in der gRV - die Nachhaltigkeitsrücklage wird bis Ende des Jahres 2012 ihren Höchstwert von 1,5 Monatsausgaben übersteigen, sodass es zum 1. Januar 2012 zu einer Beitragssatzsenkung auf 19,6 v.H.⁵⁷ gekommen ist - hat die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen in Gesprächen mit der Rentenversicherung, Fachpolitikern, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern im September 2011 den

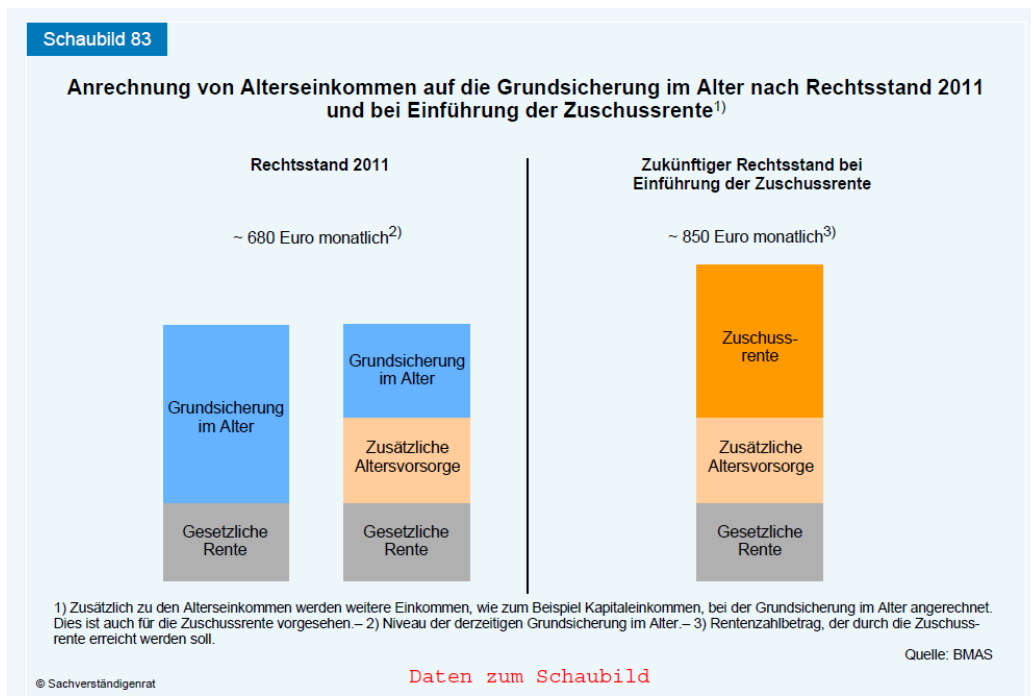
⁵⁷ http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z510_z541j11.pdf [17.04.2012]

Regierungsdialog Rente gestartet. Inhaltlich konzentrieren sich die Vorschläge der Bundesregierung auf drei Elemente, die mit den Schlagworten „Zuschuss-Rente“, „Kombi-Rente“ und „verbesserte Erwerbsminderungsrente“ beschrieben werden können. Das Inkrafttreten dieser Änderungen ist für den 1. Januar 2013 geplant. Im Folgenden werden die Zuschuss-Rente und die Kombirente vorgestellt.

8.1.1 Die Zuschuss-Rente

Das Konzept der Zuschuss-Rente wird in der Öffentlichkeit auch unter dem Stichwort „Vermeidung von Altersarmut“ diskutiert. Ziel der Zuschuss-Rente ist es, dass Personen, die lange gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt haben, im Alter mehr haben sollen als die Grundsicherung von etwa 680 Euro im Monat

Abb. 8: Anrechnung von Alterseinkommen auf die Grundsicherung im Alter nach Rechtsstand 2011 und bei Einführung der Zuschuss-Rente



Quelle: <http://www.sachverstaendigenrat->

wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z510_z541j11.pdf [24.04.2012]

Anspruchsberechtigt für die Zuschuss-Rente sind grundsätzlich Personen, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- 45 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten
- davon 35 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit, mit Wehr-, Zivil- oder Freiwilligen-Dienst, mit Zeiten von Kindererziehung oder Pflege,
- 35 Jahre mit Vorsorge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung oder der Riester-Rente; dabei ist noch offen, ob eine bestimmte Höhe der Sparleistung gefordert werden soll⁵⁸

Damit werden die Erziehung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr bzw. die Pflege von Angehörigen substantiell aufgewertet und der Erwerbsarbeit gleichgestellt. Zu den Beitragsjahren aus Beschäftigung zählen auch Minijobs, wenn eigene Rentenversicherungsbeiträge („Aufstockungsbetrag“ von 19,60 Euro bei 400 Euro-Job) geleistet werden.“⁵⁹ Die dritte Voraussetzung soll bereits als erfüllt gelten, wenn mind. fünf Jahre mit einer Zusatzvorsorge vorliegen. Neben der gesetzlichen Rente werden auch alle weiteren Einkünfte des Betroffenen und eines evtl. im gleichen Haushalt lebenden Partners angerechnet. Für eine Übergangszeit von 10 Jahren reichen 40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre. Die Zuschuss-Rente ist zwar eine Versicherungsleistung, soll aber aus Steuermitteln finanziert werden. Die Voraussetzungen für das Erreichen dieser Zuschuss-Rente sind sehr hoch. Nach Berechnungen des BMAS würden dann nur knapp ein Sechstel (60.000 Personen) der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung im Alter (insgesamt 340.000 Personen) keine Grundsicherung mehr beziehen müssen. Ausschlaggebend ist hierbei die Bedingung von mind. 35 Beitragsjahren, die insbesondere für Menschen mit unterbrochenen bzw.

⁵⁸ Vgl. Gunkel, Regierungsdiallog Rente: Zuschuss-Rente und Kombi-Rente, S. 3

⁵⁹ <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/regierungsdiallog-rente-2011.html> [26.03.2012]

unregelmäßigen Erwerbsbiographien häufig schwer erreichbar sind. Von Vorteil ist die bereits bestehende Möglichkeit für Minijobber oder Selbständige, auf die Befreiung in der gRV zu verzichten und freiwillige Beiträge zu zahlen, die auch als Beitragszeiten erfasst werden.

Auch die Voraussetzung, 35 Jahre lang in eine private Altersvorsorge eingezahlt zu haben, können Geringverdiener, Selbständige oder Langzeitarbeitslose kaum erfüllen.

Unter den Regelungen der Zuschuss-Rente, wie sie vom BMAS konzipiert ist, ergibt sich eine Alles-oder-Nichts-Situation: Geringverdiener, die weniger als 35 Jahre, z.B. nur 34 Jahre privat vorgesorgt haben, werden in keiner Weise privilegiert.

Um sicherzustellen, dass Minijobber auch die Chance auf eine Zuschuss-Rente haben, müssten Minijobs mit dem vollen Beitragssatz von 19,9 % rentenversicherungspflichtig sein. Zeiten der Arbeitslosigkeit müssten wieder als Beitragszeiten in der Rentenversicherung bewertet werden (zumindest die Zeit während der Teilnahme an einer beschäftigungsähnlichen Fördermaßnahme). Auch kommt in Betracht, Zeiten der Arbeitslosigkeit bis zu einer Obergrenze von z.B. drei Jahren als Beitragszeit zu bewerten, da vorübergehende Zeiten der Arbeitslosigkeit heute für viele Menschen Realität sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Öffnung der Riester-Rente für alle Selbständigen. Momentan ist nur förderberechtigt, wer Beiträge zur gRV zahlt oder Personen, die selbst Altersvorsorge betreiben und deren Ehepartner zum direkt förderberechtigten Personenkreis gehören.⁶⁰

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen will die Vorsorge für Selbständige zur Pflicht machen. Dabei sollen Selbständige „künftig monatlich 350 bis 400 Euro zurücklegen, um sich gegen Erwerbsminderung abzusichern und für das Alter vorzusorgen.“⁶¹

⁶⁰ <http://www.fondsvermittlung24.de/riester-rente-selbstaendige.html> [26.03.2012]

⁶¹ <http://www.n-tv.de/politik/Union-will-Altersarmut-bekaempfen-article5815506.html> [26.03.2012]

8.1.2 Die Kombirente

Die Kombirente bietet die Möglichkeit, den Übergang vom Erwerbsleben in das Rentenalter flexibler zu gestalten. „Die Hinzuverdienstbegrenzung soll aber künftig so gestaltet sein, dass ein Gesamteinkommen aus Hinzuverdienst und Rente in Höhe des maßgeblichen letzten Bruttoverdienstes ermöglicht wird.“⁶² Bei einem geringfügigen Übersteigen der Hinzuverdienstgrenze würde die Rente also auch nur um einen entsprechend geringen Betrag gemindert und es käme nicht zu einem Zurückfallen auf die nächst niedrigere Teilrentenstufe. Die Kombi-Rente soll für Arbeitnehmer ab dem 63. Lebensjahr eingeführt werden, diese können einen Teil ihrer Rente vorzeitig beziehen und daneben deutlich mehr verdienen. Jedoch besteht hierbei die Gefahr, dass ältere Arbeitnehmer frühzeitig entlassen werden und somit in die Kombi-Rente abgeschoben werden. Sie würden den gleichen Job zu schlechteren Bedingungen machen, was kein Mittel ist, um der Altersarmut entgegenzuwirken.

9 Fazit

Neben der Bekämpfung von Altersarmut steht unsere heutige Gesellschaft vor einer Reihe großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Zu nennen ist z.B. die Finanzkrise, der Klimawandel, die Energie- und Ressourcenknappheit, Fragen der Gesundheit und des Alterns, der verschärfte weltweite Wettbewerb durch die globalisierte Welt und der tiefgreifende demographische Wandel (siehe Anlage 7).

„Insgesamt verliert Deutschland bis zum Jahr 2060 voraussichtlich bis zu 17 Millionen Einwohner, also ein Fünftel der Bevölkerung. Die neuen

⁶²http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/DRV/de/Inhalt/Presse/Presseseminare/Presseseminare_DRV_Bund/wuerzburg_10_2011/9_11_gunkel.html?nn=37072 [28.03.2012]

Länder werden besonders stark betroffen sein. Dort leben in 50 Jahren den Berechnungen zufolge ein Drittel weniger Menschen als heute.“⁶³

Auch das Schweizer Rentensystem wird von den Folgen des demographischen Wandels nicht verschont bleiben (siehe Anlage 8). Weniger Beitragszahlern werden mehr Leistungsempfänger gegenüber stehen. Die Übertragung des Schweizerischen Systems auf Deutschland ist aus diesem Grund nicht gerechtfertigt.

Durch das starke Wachstum von Dienstleistungszentren in den Ballungsgebieten kommt es mehr und mehr zu einer Abwanderung von vor allem vielen jungen, gut ausgebildeten Menschen vom ländlichen Raum in die Städte. Da sich die Mehrzahl der Ballungsgebiete auf die alten Bundesländer erstreckt, sind die neuen Bundesländer deutlich stärker und früher von den Folgen der Abwanderung betroffen als die alten Bundesländer. Damit verbunden sind gravierende Veränderungen in der demografischen Entwicklung der Bevölkerung: der Anteil der älteren Generation wird weiter zunehmen, der Anteil der jüngeren sinken. Auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich weiter reduzieren, weil mehr Menschen altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als junge Personen nachrücken. Auch die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bildet großräumige regionale Unterschiede. In den neuen Bundesländern lag die Arbeitslosenquote im März 2012⁶⁴ bei 11,6 %, in den alten Bundesländern hingegen nur bei 6,1%. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Dadurch wächst besonders in den neuen Bundesländern die Gefahr von Armut im Alter. Durch die volle Angleichung der Wirtschaftskraft der neuen an die alten Bundesländer würde sich das Armutsrisiko der ostdeutschen Rentner verringern.

⁶³ <http://www.zeit.de/news/2012-04/22/bevoelkerung-demografiestrategie-laenger-arbeiten-und-mehr-sparen-22160602> [20.04.2012]

⁶⁴ Arbeitslosenstatistik auf der offiziellen Homepage der Arbeitsagentur, März 2012 http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Nav.html?year_month=201203 [23.04.2012]

Die am stärksten von Altersarmut bedrohten Menschen sind nicht die langjährig Versicherten mit zusätzlicher Altersvorsorge, sondern Menschen, die lange arbeitslos waren, lange sehr wenig verdient haben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erwerbsfähig sind. Diese Personengruppe nimmt Frau von der Leyen kaum in den Blick. Wer heute als Rentner am Rande der Armut lebt, geht leer aus. Bestandsrentner profitieren überhaupt nicht von der Zuschuss-Rente. Die Zuschuss-Rente soll nur bei Bedürftigkeit gewährt werden, wenn also das Alterseinkommen unter 850 EUR liegt. Hierbei wird auch das Einkommen der Partner berücksichtigt. Somit werden jedoch gleich arme Menschen unterschiedlich behandelt. Diese Prüfung der Bedürftigkeit wird sicher eine große bürokratische Herausforderung für die Rentenversicherung Bund. Es würden somit unnötige „Doppelstrukturen“ entstehen, da sich bereits auch die kommunalen Grundsicherungsämter mit der Bedürftigkeitsprüfung befassen.

Aktuell wird von der Bundesregierung auch die Betterbewertung von Kindererziehungszeiten vor 1992 diskutiert. Wenn Kinder vor 1992 geboren sind, entrichtet der Staat nur für ein Jahr eine Rentenaufstockung zur Rentenkasse in Höhe von 27,47⁶⁵ Euro West und 24,37 Euro Ost. Betroffene, deren Kinder nach 1992 geboren sind, sind bislang besser gestellt. Für sie entrichtet der Staat für die ersten drei Jahre der Kindererziehungszeit Beiträge zur Rentenversicherung. Es ergeben sich somit höhere Rentenwerte von 82,41 Euro im Westen und 73,11 Euro im Osten. Versicherte, deren Kinder vor 1992 geboren sind, könnten durch diese „mögliche Gesetzesänderung“ - nach aktuellen Werten – monatlich zwischen 48,74 Euro (West) und 54,94 Euro (Ost) mehr Rente bekommen. Somit könnte auch die Gefahr von Altersarmut reduziert werden. Jedoch müsste auch geprüft werden, ob diese Vorschläge überhaupt finanzierbar sind.

⁶⁵ aktuelle Rentenwert ab 01.07.2011

Alle Vorschläge zur Vermeidung künftig zunehmender Altersarmut werfen eine Vielzahl von Folgefragen auf, die der sorgfältigen Prüfung bedürfen. Sachgerecht ist es aus meiner Sicht vor allem, rechtzeitig vorzubeugen, d.h. Altersarmut muss in der Erwerbsphase präventiv bekämpft werden.

Wenn Beschäftigung und Einkommen in der Erwerbsphase stimmen, dann stimmt durch die erworbenen Ansprüche auch die Vorsorge im Alter. Die Vermeidung künftiger Altersarmut ist jedoch nicht auf die Alterssicherungspolitik beschränkt sondern erstreckt sich auch auf die Bereiche der Arbeitsmarktpolitik, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Bildungspolitik, die bei der vorschulischen Erziehung beginnt und bei einer Ausweitung der Weiterbildung endet, eine das Erwerbsminderungsrisiko reduzierende Gesundheitspolitik und der Ausweitung privater Altersvorsorgebemühungen.

Ob Altersarmut zukünftig ein größeres Problem darstellen wird als heute, lässt sich nicht genau abschätzen. Wie sich die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter künftig entwickeln wird, hängt vor allem von der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere am Arbeitsmarkt, von der Höhe des zukünftigen Grundsicherungsbedarfs und einer Vielzahl weiterer individueller Einflussfaktoren (z.B. weiterer Einkünfte neben dem Alterseinkommen, Einkünfte weiterer Haushaltsmitglieder etc.) ab.

Statt einen Mindestlohn zu installieren, der mehr Geld in die Rentenkassen spült und im Alter auch ein besseres Auskommen sichert, soll mit der Kombirente lediglich die Hinzuverdienstgrenze für Rentner erhöht werden. Meiner Meinung nach lässt sich Altersarmut in der Zukunft nur durch die rasche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes vermeiden.

Durch die Integration aller bisher nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen in die gRV würden mehr Erwerbstätige implizit besteuert, und somit würde sich die Steuerlast aller Betroffenen reduzieren. Während

eine allgemeine Versicherungspflicht vor allem die zukünftigen Steuerzahler entlasten könnte, würden im Falle einer Pflichtversicherung in der gRV auch die heutigen Beitragszahler entlastet werden. Die beschriebene Weiterentwicklung des Versichertenkreises ist aus systematischen Gründen zwingend, wenn man die Zielsetzung der Alterssicherung ansieht, im Alter oder bei Invalidität das wegfallende, regelmäßige Einkommen zu ersetzen. Denn auch Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit werden in diesen Fällen nicht mehr erzielt und müssen ersetzt werden.

Des Weiteren könnte durch die Ausweitung des Versichertenkreises bürokratischer Aufwand mit hohen Verwaltungskosten reduziert werden. Denn die häufige Abgrenzung zwischen sozialversicherungspflichtiger und sozialversicherungsfreier Beschäftigung würde wegfallen.

Zudem ist Deutschland beinahe das einzige Land in Europa, dessen soziales Sicherungssystem nicht als Erwerbstätigenversicherung ausgestaltet ist.

Unabhängig von der rechtlichen Einbeziehung aller Selbständigen in die Erwerbstätigenversicherung ist ihre faktische Erfassung in der gesetzlichen Rentenversicherung problematisch. Hier sollte es eine verstärkte Zusammenarbeit von Finanzämtern und Rentenversicherungsträgern geben.

Neben der Einbeziehung aller Selbständigen in die Rentenversicherungspflicht ist auch über eine Einbeziehung aller Beamten in die Versicherungspflicht der gRV nachzudenken. Hierdurch würde sich die Zahl der Beitragszahler erhöhen mit dem Effekt, dass die Beitragssätze wie in der Schweiz niedriger wären. Es ist jedoch zu beachten, dass aufgrund der Einstellungsoffensive in den 70er Jahren sehr viele Beamte in den kommenden 10 Jahren aus dem Erwerbsleben austreten werden, was die gRV zusätzlich belasten würde.

Über eine Einbeziehung der Beamten in die gRV sollte daher erst in den kommenden 10 Jahren nachgedacht werden.

Im Zuge der Rentenreform 2000/2001 wurde die Riester-Rente und im Jahr 2005 die Rürup-Rente eingeführt. Diese beiden Modelle sind staatlich gefördert, werden aber in der privaten Versicherungswirtschaft verwaltet. In dieser Branche sind Gewinnbeteiligungen normal und nicht nur die Versicherungsvertreter, die private Altersvorsorgeprodukte anbieten, sondern auch die Verwaltung der Rentenfonds und damit große Versicherungskonzerne verdienen jährlich Milliarden an dieser Auslagerung von Kompetenzen an die Privatwirtschaft. Dabei wäre es durchaus möglich, die bereits vorhandenen Strukturen der gesetzlichen Rentenleistungsträger auszubauen und diesen die Verwaltung der zusätzlichen Altersabsicherung zu übertragen. Das meiner Meinung nach wichtigste Argument dafür sind die bereits angesprochenen Provisionen der Gewinn orientierten Versicherungsunternehmen, die in einem staatlichen System dem Versicherten zugutekommen würden.

Bei dem Vergleich der beiden Rentensysteme Deutschlands und der Schweiz konnten wesentliche Unterschiede festgestellt werden. In der Schweiz muss jeder abhängig von der Höhe seines Einkommens ohne Grenze nach oben Beiträge zahlen.

Die Leistungen werden auf die Einkommensschwachen konzentriert und die Höherverdiener werden weit überwiegend bei der Leistung benachteiligt. Jedoch werden die Höherverdiener mit dem gleichen Prozentsatz wie die Geringverdiener an der Finanzierung des Alterssicherungssystems beteiligt.

Im schweizerischen Rentenversicherungssystem führt Mehrarbeit zwar zu mehr Abgaben aber somit, anders als in Deutschland nicht zu mehr Leistungen. Jedoch liegt gerade in der besseren Bewertung von Mehrarbeit der Schlüssel zur Lösung der Probleme der Altersarmut.

Durch mehr und besser bezahlte Arbeit kann ein auskömmliches Rentenniveau auch in Zukunft erzielt werden.

Der Umbau des deutschen Rentensystems nach dem Schweizer Modell würde u.a. die Lösung von formal-juristischen Widersprüchen und verfassungsrechtlichen Fragen sowie auch speziellen Finanzierungsproblemen im Übergang voraussetzen.

Eine Übertragung des Schweizer Rentensystems auf das Deutschlands, ist nur sinnvoll, wenn auch das gesamte Steuersystem der Schweiz mit den niedrigeren Einkommenssteuern übernommen würde. „Eine isolierte Einführung würde das Prinzip der „Teilhabeäquivalenz“, das dem Einzelnen in der Rentenversicherung Leistungen garantiert, die seinen Beiträgen entsprechen, durchbrechen.“⁶⁶

In unserer modernen Dienstleistungswelt müssen die Organisationen (z.B. Unternehmen) in aller Welt globale Wettbewerbsfähigkeit besitzen, um in unserer schnelllebigen Gesellschaft überhaupt noch bestehen zu können. Diese Trends führen zunehmend zu einer Zunahme von bislang als atypisch bezeichneten Beschäftigungsformen, wie befristeten Arbeitsverhältnissen, Werkvertragsbeschäftigung und neuer Selbständigkeit.

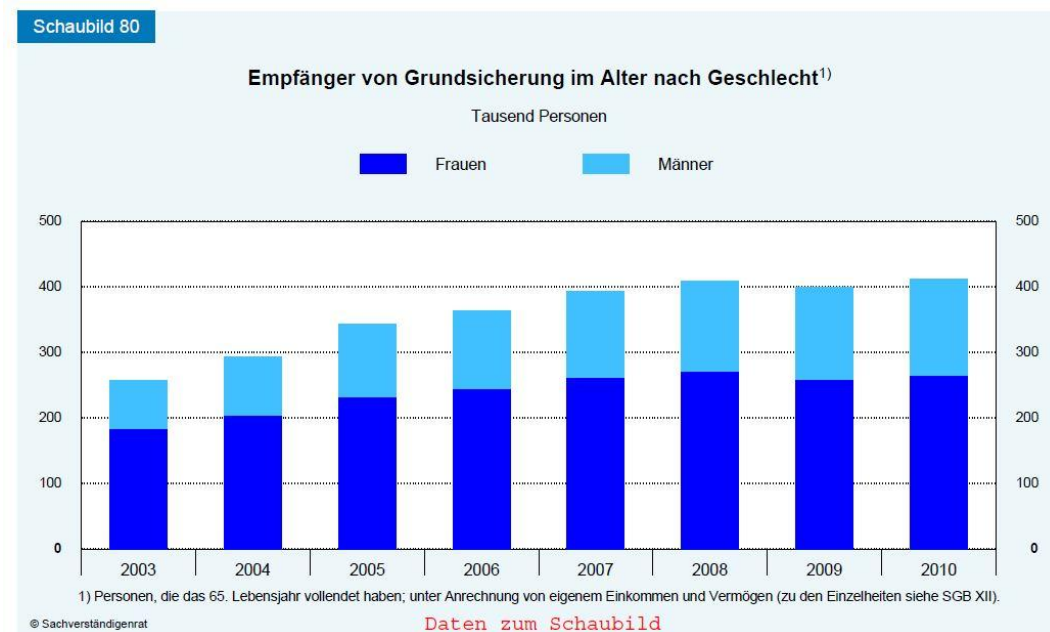
Diese veränderten Rahmenbedingungen stellen die Sozialversicherungssysteme in Deutschland wie in der Schweiz vor große zukünftige Herausforderungen. Jedoch kann nicht die Rentenversicherung allein für die Bekämpfung der Altersarmut verantwortlich gemacht werden. Es kommt hierbei auch auf ein Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik an. Eine gute Beschäftigungspolitik erübrigt zwar nicht eine eigene Rentenpolitik, aber umgekehrt kann keine Rentenpolitik gelingen, die nicht auf beschäftigungspolitischen Erfolgen beruht.

⁶⁶ http://www.mea.mpsoc.mpg.de/fileadmin/files/topics/SoPo_Schweiz.pdf [20.04.2012]

Der beste Schutz vor Altersarmut ist eine Kombination aus hoher schulischer und beruflicher Qualifikation, dem Vermeiden einer Erwerbsminderung sowie eigenverantwortlicher privater Altersvorsorge. Insofern sollte jeder Einzelne, aber insbesondere die Politik diese drei Voraussetzungen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen rücken.

Anlagen

Anlage 1: Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Geschlecht



Quelle: (<http://www.sachverstaendigenrat->

wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z510_z541j11.pdf [24.04.2012]

Anlage 2: Gesetzliche Grundlage SGB VI (Auszug) § 2 – Selbstständig Tätige

Gesetzliche Grundlage

SGB VI (Auszug) § 2 – Selbstständig Tätige

Versicherungspflichtig sind selbstständig Tätige

- 1. Lehrer und Erzieher, die im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,*
- 2. Pflegepersonen, die in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- oder Kinderpflege tätig sind und im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,*
- 3. Hebammen und Entbindungspfleger,*
- 4. Seelotsen der Reviere im Sinne des Gesetzes über das Seelotswesen,*
- 5. Künstler und Publizisten nach höherer Bestimmung des Künstlersozialversicherungsgesetzes,*
- 6. Hausgewerbetreibende,*
- 7. Küstenschiffer und Küstenfischer, die zur Besatzung ihres Fahrzeuges gehören oder als Küstenfischer ohne Fahrzeug fischen und regelmäßig nicht mehr als vier versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen,*
- 8. Handwerker, die in die Handwerksrolle eingetragen sind, wobei Eintragungen aufgrund der Führung eines Handwerksbetriebs nach den §§ 2 bis 4 der Handwerksordnung außer Betracht bleiben; ist eine Personengesellschaft in die Handwerksrolle eingetragen, gilt als Handwerker, wer als Gesellschafter in seiner Person die Voraussetzungen für die Eintragung in die Handwerksrolle erfüllt.*
- 9. Personen, die*
 - a) im Zusammenhang mit ihrer selbstständigen Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, dessen Arbeitsentgelt aus diesem Beschäftigungsverhältnis regelmäßig 400 Euro im Monat übersteigt, und*
 - b) auf Dauer und im wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind.*
- 10. Personen für die Dauer des Bezugs eines Zuschusses nach § 4211 des Dritten Buches.*

Nach Satz 1 Nr. 1 bis 9 ist nicht versicherungspflichtig, wer in dieser Tätigkeit nach Satz 1 Nr. 10 versicherungspflichtig ist. Nach Satz 1 Nr. 10 ist nicht versicherungspflichtig, wer mit der Tätigkeit, für die ein Zuschuss nach § 4211 des Dritten Buches gezahlt wird, die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte erfüllt. Als Arbeitnehmer im Sinne des Satzes 1 Nr. 1, 2, 7 und 9 gelten

- 1. auch Personen, die berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen im Rahmen beruflicher Bildung erwerben,*
- 2. nicht Personen, die als geringfügig Beschäftigte nach § 5 Abs. 2 Satz 2 auf die Versicherungsfreiheit verzichtet haben.*

Quelle: <http://www.gew.de/Binaries/Binary28995/gew-se.pdf> [24.04.2012]

Anlage 3 : Berechnungswerte, neue Bundesländer

Berechnungswerte, neue Bundesländer (soweit sie von denen der alten Bundesländer abweichen)			
	Jahr	mtl. in Euro	jährl. in Euro
Aktueller Rentenwert	ab 1.7.2010	24,13	
	ab 1.7.2011 ¹⁾	24,37	
Beitragsbemessungsgrenze (allg. RV)	2011	4 800,00	57 600
	2012 ²⁾	4 800,00	57 600
Beitragsbemessungsgrenze (KnV)	2011	5 900,00	70 800
	2012 ²⁾	5 900,00	70 800
Bezugsgröße	2011	2 240,00	26 880
	2012 ²⁾	2 240,00	26 880
Regelbeitrag für vers.pflichtige Selbstständige	2011	445,76	
	2012	439,04	
Umrechnungsfaktoren	2010 ²⁾	1,1726	
für Beitragsbemessungs- grundlagen	2011 ³⁾	1,1429	
	2012 ^{2), 3)}	1,1754	
Standardrente (allg. RV), 45 VJ	ab 1.7.2011	1 096,65	

¹⁾ Rentenwertbestimmungsverordnung 2011.
²⁾ SV-Rechengrößenverordnung 2012.
³⁾ Vorläufige Werte.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung; Stand: 18. Januar 2012

Anlage 4: Berechnungswerte, alte Bundesländer

Berechnungswerte, alte Bundesländer			
	Jahr	In Prozent	
Beitragssatz (allg. RV)	2011	19,9	
	2012	19,6	
Beitragssatz (KnV)	2011	26,4	
	2012	26,0	
	Jahr	mtl. In Euro	jährl. In Euro
Aktueller Rentenwert	ab 1.7.2010	27,20	
	ab 1.7.2011 ¹⁾	27,47	
Beitragsbemessungsgrenze (allg. RV)	2011	5 500,00	66 000
	2012 ²⁾	5 600,00	67 200
Beitragsbemessungsgrenze (KnV)	2011	6 750,00	81 000
	2012 ²⁾	6 900,00	82 800
Bezugsgröße	2011	2 555,00	30 660
	2012 ²⁾	2 625,00	31 500
durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt	2010 ²⁾		31 144
	2011 ²⁾		30 268
	2012 ^{2), 3)}		32 446
Geringfügigkeitsgrenze	2011	400,00	
	2012	400,00	
Höchstbeitrag freiwillig Versicherte	2011	1 094,50	
	2012	1 097,60	
Mindestbeitrag freiwillig Versicherte	2011	79,60	
	2012	78,40	
Regelbeitrag für vers.pflichtige Selbstständige	2011	508,45	
	2012	514,50	
mtl. Rente (allg. RV)	ab 1.7.2010 ²⁾	4,39	
aufgrund eines Beitrags von 1 000 Euro	ab 1.7.2011 ²⁾	4,56	
	ab 1.1.2012 ^{2), 3)}	4,32	
Standardrente (allg. RV), 45 VJ	ab 1.7.2011	1 236,15	
mtl. Rente (allg. RV): 45 VJ und BBG ⁴⁾	ab 1.1.2012 ²⁾	2 255,51	
maximal erreichbare Entgeltpunkte (allg. RV)	2010 ²⁾	2,1192	(64 800/31 144)
	2011 ²⁾	2,1805	(66 000/30 268)
	2012 ^{2), 3)}	2,0711	(67 200/32 446)

¹⁾ Rentenwertbestimmungsverordnung 2011.

²⁾ SV-Rechengrößenverordnung 2012.

³⁾ Vorläufige Werte.

⁴⁾ Beitragsjahre von 1967 bis 2011, Entgelt jeweils BBG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung: Stand: 18. Januar 2012

Anlage 5: Versicherte am 31.12.2010, alte und neue Bundesländer

Versicherte am 31.12.2010 alte und neue Bundesländer			
Versicherungsverhältnis	insgesamt	Männer	Frauen
Versicherte am Stichtag	52 222 842	26 992 521	25 230 321
davon			
aktiv Versicherte	35 369 935	18 222 582	17 147 353
darunter und zwar ¹⁾			
versicherungspflichtig Beschäftigte	26 949 160	14 591 096	12 358 064
Selbstständige insgesamt	260 456	146 363	114 093
Leistungsempfänger			
nach SGB III (ALG I)	916 099	535 396	380 703
nach SGB II (ALG II)	3 403 238	1 669 457	1 733 781
freiwillig Versicherte	322 532	243 879	78 653
geringfügig Beschäftigte ²⁾	5 212 910	1 807 881	3 405 029
passiv Versicherte	16 852 907	8 769 939	8 082 968

¹⁾ Mehrfachnennungen sind möglich.

²⁾ Ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung: Stand: 18. Januar 2012

Anlage 6: Selbständigenquote Stand 2010

Land	Zahl der Selbständigen (in 1.000)			Selbständigen- quote ²	Selbständigen- quote ²
	Selbständige insgesamt	Selbständige ohne Arbeitnehmer	Selbständige mit Arbeitnehmer	mit Landwirtschaft ³	ohne Landwirtschaft ³
Belgien	600,6	400,0	200,7	13,4	12,6
Deutschland	4.257,8	2.382,3	1.875,6	11,0	10,4
Estland	45,8	27,1	18,8	8,0	7,1
Finnland	314,3	212,2	102,1	12,8	10,1
Frankreich	2.811,8	1.666,6	1.145,2	10,9	9,2
Griechenland	1.329,8	979,5	350,3	30,3	21,3
Irland	301,8	205,2	96,6	16,4	12,9
Italien	5.393,2	3.869,0	1.524,2	23,6	21,9
Luxemburg	17,1	10,0	7,1	7,7	7,0
Malta	23,3	16,0	7,2	14,2	12,0
Niederlande	1.204,2	879,6	324,6	14,4	13,0
Österreich	475,4	279,2	196,1	11,6	8,9
Portugal	1.085,7	829,3	256,4	21,8	13,0
Slowakei	367,0	284,3	82,7	15,8	15,2
Slowenien	119,4	83,1	36,3	12,4	8,9
Spanien	2.948,6	1.922,1	1.026,5	16,0	14,3
Zypern	64,5	45,6	18,9	16,7	14,9
Eurozone (17)	21.360,2	14.091,1	7.269,1	15,1	13,2
Bulgarien	357,9	242,7	115,1	11,7	8,6
Dänemark	231,9	134,9	97,0	8,5	7,5
Großbritannien	3.952,5	3.188,4	764,1	13,7	13,0
Lettland	94,7	57,8	36,9	10,1	7,0
Litauen	124,4	94,6	29,8	9,3	5,2
Polen	3.017,4	2.345,9	671,4	18,9	10,8
Rumänien	2.001,0	1.882,0	119,0	21,7	5,7
Schweden	486,1	305,6	180,4	10,7	9,5
Tschechien	836,4	658,3	178,1	17,1	16,4
Ungarn	451,4	244,2	207,2	11,9	10,6
EU (15)	25.410,6	17.263,9	8.146,7	14,7	13,0
EU (27)	32.913,8	23.245,6	9.668,1	15,2	12,4
Island	20,6	13,8	6,8	12,4	10,3
Kroatien	305,8	232,7	73,1	19,8	9,2
Mazedonien	117,7	83,3	34,4	19,3	10,2
Türkei	5.754,0	4.552,2	1.201,8	25,5	15,2
Schweiz	573,1	307,7	265,4	13,4	11,7
Norwegen	187,9	133,8	54,1	7,5	6,0
USA	9.681,0	.	.	7,0	6,5
Japan	5.790,0	.	.	9,3	7,7

Quelle: <http://wko.at/statistik/eu/europa-selbstaeindigenquote.pdf> [24.04.2012]

Anlage 7: Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in Deutschland

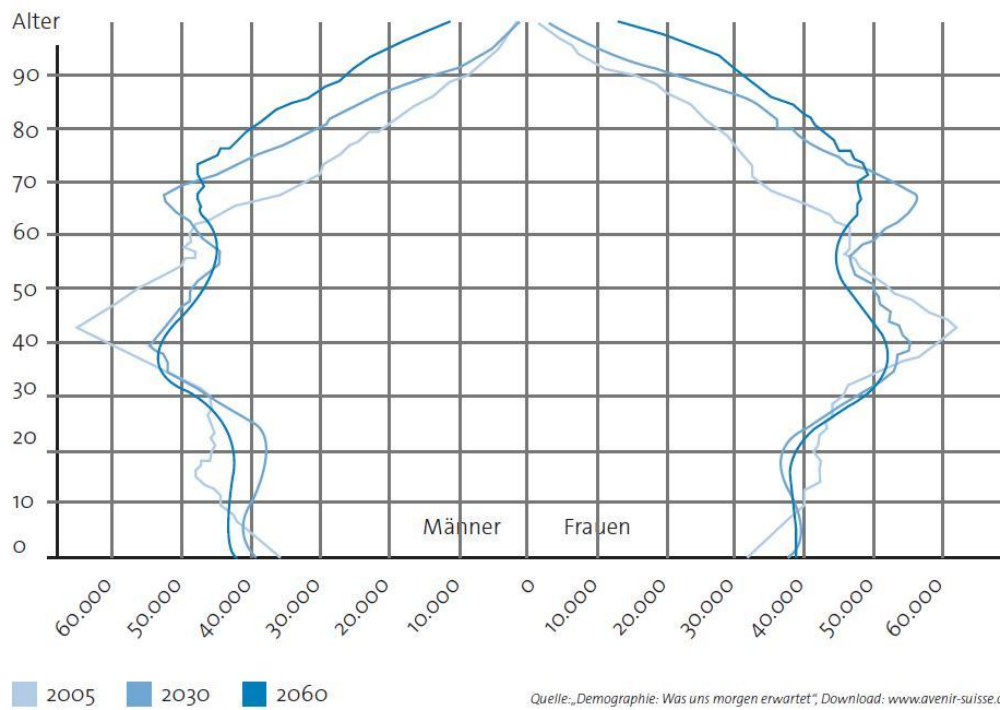
Bevölkerung in absoluten Zahlen, Anteile der Altersgruppen in Prozent, 1960 bis 2060, Stand: Ende 2010

	Bevölkerung, in Mio.	Anteile an der Bevölkerung, in Prozent		
		unter 20 Jahre	20 bis unter 60 Jahre	60 Jahre und älter
1960	73,1	28,4	52,4	17,4
1970	78,1	30,0	50,0	20,0
1980	78,4	26,8	53,9	19,4
1990	79,8	21,7	57,9	20,4
2000	82,3	21,1	55,3	23,6
2009	81,8	18,8	55,3	25,9
2020*	80,4	17,0	52,4	30,5
2030*	79,0	16,7	47,1	36,2
2040*	76,8	16,1	46,6	37,3
2050*	73,6	15,6	45,5	38,9
2060*	70,1	15,7	45,1	39,2

Quelle: <http://www.bpb.de/wissen/1KNBKW> [23.04.2012]

Anlage 8: Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in der Schweiz

Bevölkerungspyramiden Schweiz: 2005, 2030 und 2060



Bevölkerung nach Altersgruppen (in Prozent)

Alter	2010	2025	2050
0-14	15,2	14,8	15,7
15-64	61,5	56,1	52,5
60+	23,3	29,9	31,8

Anteile der älteren Bevölkerung (in Prozent)

Alter	2010	2025	2050
60+	23,3	29,9	31,8
65+	17,3	21,9	26,0
80+	5,0	6,5	11,3

Bevölkerung (in Mio. Menschen)

	2010	2025	2050
Insgesamt	7,5	8,0	8,5

Lebenserwartung (in Jahren)

	2004	2050
Lebenserwartung Männer bei Geburt (Jahre)	78,6	85,0
Lebenserwartung Frauen bei Geburt (Jahre)	83,7	89,5

Quelle: http://www.rkw-kompetenzzentrum.de/fileadmin/media/Dokumente/Publikationen/2011_FB_Wifa-Schweiz.pdf [20.04.2012]

Literaturverzeichnis

Bauer, Adolf: Mindestsicherung in der Rente - Vorschläge des SoVD zur Vermeidung von Altersarmut, Mai 2009

Beschluss C 2 (CDU-Parteitag am 15.11.2010 in Karlsruhe)

BSG Urteil vom 10.03.2004, S 9 RA 1/02 SG MS

BSG Urteile vom 13.09.1979 – 12 RK 26/77 – (in: USK 79233) und vom 15.12.1983 – 12 RK 6/83 – (in: USK 83163)

BSG Urteile vom 28.04.1977 – 12/3 RK 56/75 – (in SozR 2400 § 2 Nr. 4), vom 26.05.1997 – 12 RK 55/76 – (in SozR 2004 § 2 Nr.5) und vom 30.01.1997 – 12 RK 31/96 – (in SozR 3-2600 § 2 Nr. 2)

Betzelt, Dr. Sigrid: Konzeptvorschlag zur sozialen Alterssicherung Selbstständige, 2009

Bliesener, Rainer: Alterssicherung an den Grenzen - Renten und Pensionssysteme rund um den Bodensee, 2004

Deutsche Rentenversicherung Bund: Deutsche Rentenversicherung, Heft 4, August 2008

Deutsche Rentenversicherung Bund: Zeitschrift für Sozialreform (ZSR), 2004

Deutsche Rentenversicherung Bund: Selbständige in der Rentenversicherung, 9.Auflage, Mai 2011

Deutsche Rentenversicherung: Zahlen und Tabellen der gesetzlichen Rentenversicherung- Werte West (ohne Knappschaft) – 1.1. – 30.6.2012

Deutsche Rentenversicherung: DVD CURT (Computer-Unterstützt Rentenversicherungsrecht Training), 2011

Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zeitreihen, Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Oktober 2011

5.01 Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, Stand 01.01. 2011

Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik: Deutschland auf dem Weg zur Erwerbstätigenversicherung – Hat die Organisation der Altersvorsorge der Schweiz und Österreich für uns eine Vorbildfunktion? 2008

Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung: Selbständigerwerbende in der schweizerischen Sozialversicherung, 2.09, Stand 01.01.2012

Jürgensen, Andri : Ratgeber Künstlersozialversicherung, 2. Auflage, 2008

Klammer, Ute: "Alterssicherung in der Schweiz - Modell für Deutschland?"

Kohlmeier, Anabell: Die Ausweitung des Versichertenkreises der Gesetzlichen Rentenversicherung – Sozialökonomische Schrift 36, 2008

Riemer-Kafka, Gabriele; Hüzeler, Marc: Repetitorium zum Sozialversicherungsrecht – Die berufliche Vorsorge, 2008

Schmidt, Tobias; Trotzewitz, Sabine: Überblick über die Systeme der Alterssicherung in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz, 2003

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: Rentenversicherung im internationalen Vergleich, 1989

Internetquellen

<http://www.armut-und-alter.de/> [09.02.2012]

http://www.anwalt.de/rechtstipps/arbeitslosengeld-ii-wichtige-aenderungen-zum_014697.html [09.02.2012]

<http://christian-schultze.suite101.de/altersarmut-in-deutschland-a51723> [09.02.2012]

<http://www.cecuc.de/altersarmut.html> [09.02.2012]

<http://www.admin.ch/ch/d/sr/6/642.11.de.pdf> [21.02.2012]

http://esv-sva.sozvers.at/mediaDB/652500_Rentenversicherung%20in%20der%20Schweiz.pdf [21.02.2012]

http://www.ahv-iv-ar.ch/site/index.cfm?id_art=5004&vsprache=de [22.02.2012]

<http://www.admin.ch/ch/d/sr/8/831.201.de.pdf> [22.02.2012]

http://www.ahvluzern.ch/domains/ahvluzern_ch/data/free_docs/Kurzinformationen%20Kantonsblatt.pdf [23.02.2012]

<http://www.bsv.admin.ch/themen/iv/00021/00737/index.html?lang=de> [23.02.2012]

<http://www.ahv-iv.info/iv/00132/00256/index.html?lang=de> [23.02.2012]

http://vogelschule.ch/assets/plugindata/poolmathbu9lu20t/Mathbu9%2B_LU20_Theorie.pdf [26.02.2012]

<http://www.vimentis.ch/d/lexikon/393/Berufliche+Vorsorge.html>, [27.02.2012]

<http://www.vorsorge-3a.ch/vorsorge-saeule-3a/vorsorgeloesungen-versicherungen.html> [29.02.2012]

<http://www.lebenversicherung.ch/grundlagen/dritte-saeule-private-vorsorge/> [05.03.2012]

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07831-20110309.pdf> [18.03.2012]

http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/DRVVB/de/Inhalt/Presse/Presseseminare/Presseseminare_DRVBUnd/wuerzburg_10_2011/9_11_gunkel.html?nn=37072 [28.03.2012]

<http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=632> [29.03.2012]

http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/30000/publicationFile/19085/aktuelle_daten_2011.pdf [31.03.2012]

http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/ziffer/z510_z541j11.pdf [17.04.2012]

<http://www.zeit.de/news/2012-04/22/bevoelkerung-demografiestrategie-laenger-arbeiten-und-mehr-sparen-22160602> [20.04.2012]

http://www.mea.mpisoc.mpg.de/fileadmin/files/topics/SoPo_Schweiz.pdf [20.04.2012]

http://www.rkw-kompetenzzentrum.de/fileadmin/media/Dokumente/Publicationen/2011_FB_Wifa-Schweiz.pdf [20.04.2012]

http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Nav.html?year_month=201203 (23.04.2012)

<http://www.bpb.de/wissen/1KNBKW> [23.04.2012]

<http://www.gew.de/Binaries/Binary28995/gew-se.pdf> [24.04.2012]

http://www.versicherungsvergleich.de/direktversicherung/one_design/drei_saeulen.png [24.04.2012]

<http://wko.at/statistik/eu/europa-selbstaendigenquote.pdf> [24.04.2012]

Eidesstattliche Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe“

Ludwigsburg, den 02.05.2012
